blätter des iz3w

herausgegeben vom INFORMATIONSZENTRUM DRITTE WELT
78 freiburg lorettostr. 20 a

Nr. 4 **Feb. 71**

INHALT :

Zusammengestellt und herausgegeben von :
S. Bartels, G. Cremer, H. Flammer, F. Hemmerich, P. Riedesser, G. Stingl, H. Topf, H. Werner und anderen.

Konten : Bank für Gemeinwirtschaft, Freiburg, Nr. 1o2 262 33
Postscheckkt. Karlsruhe, Nr. 148 239

Telefon : 71o28 u. 71o75 App. 29

Auflage : 4ooo

ZUR SACHE

Die "blätter des iz3w" haben bisher erfreulichen Anklang gefunden. Täglich 25-3o Postsendungen (Neuabonnements, allgemeine und spezielle Informationsanfragen etc.) sind dafür wohl der beste Beweis.

An dieser Stelle möchte sich die iz-Redaktion auch bedanken für die vielen zugesandten Adressen, an die wir dann Probeexemplare der "blätter" geschickt haben.
Wir bitten, uns auch weiterhin alle Adressen potentieller Abonnenten mitzuteilen.

Vom 16. - 18. April 1971 soll die erste iz-Tagung stattfinden. Der Ort dieses Treffens liegt noch nicht fest. Freundlicherweise hat sich der Auslandsreferent der KDSE bereit erklärt, diese Tagung organisatorisch vorzubereiten und finanziell zu unterstützen, sodaß sich die finanzielle Selbstbeteiligung der Teilnehmer nur auf die Hälfte der Fahrtkosten beläuft.

Die Tagung, an der ca. 4o Personen teilnehmen können, ist (entsprechend dem Selbstverständnis des iz) in erster Linie gedacht für Vertreter der Arbeits- und Aktionsgruppen. Selbstverständlich sind aktive Einzelpersonen nicht ausgeschlossen.
In der nächsten Ausgabe der "blätter des iz3w" wird die Redaktion einige konkrete Themenvorschläge für dieses Wochenende machen. Es ist wünschenswert, daß sich auch die übrigen am iz beteiligten Gruppen schon jetzt Gedanken über die Gestaltung dieser Tagung machen. Wir könnten diese Vorschläge dann in den "blättern" zur Diskussion stellen.

Das alte Spiel :

MILITÄRPUTSCH in UGANDA

Was für das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" den Stoff für einen politischen Schwank ("Big Idi"; Spiegel 1.2.71) lieferte, scheint für Uganda das vorzeitige Ende der Verwirklichung eines erfolgversprechenden pragmatischen Sozialismus zu sein: Milton Obote, Ugandas Staatschef seit der formal-politischen Unabhängigkeit von England, ist durch einen hirnlosen Schwergewichtsboxer aus seinem Amt vertrieben. Wie dies gelingen konnte, versucht der unten abgedruckte Brief eines Ugandesen, der dem iz3w ohne Absenderangabe zugesandt worden ist, begreiflich zu machen. Die hierin enthaltene Argumentation kann sicherlich einige Plausibilität für sich in Anspruch nehmen - auch in bezug auf die Rolle, die nach Angaben des Autors das Israel des Moshe Dajans in diesem Ereignis gespielt haben soll. Natürlich kann sich die Redaktion des iz3w für diese Hypothese solange nicht verbürgen, wie ihr nicht detaillierte Informationen über die Hintergründe des Machtwechsels in Uganda vorliegen.

Wichtig scheint uns aber, daneben auf 2 weitere Parteien hinzuweisen, die mehr oder weniger direkt an diesem Putsch mitgewirkt haben könnten oder wenigstens Vorteile aus ihm zu ziehen wissen werden. Wir meinen die Verfechter des bugandesischen Feudalismus (der Autor des Briefes deutet es nur kurz an), die sich zumeist in der von Obote verbotenen Democratic Party eingenistet hatten und zum anderen die ehemalige Kolonialmacht in Uganda: England.

Die Geschichte Afrikas kennt nur wenige Feudalstaaten. Einer von ihnen war Buganda - heute eine Provinz Ugandas, in der die Hauptstadt des Landes liegt und die die volkreichste Region Ugandas ist (die Baganda, die Bewohner Bugandas, stellen 17 % der ugandesischen Bevölkerung). Die bugandesische Aristokratie mit dem König ("Kabaka") Mutesa III, die während der Kolonialzeit von den Engländern politisch kurz gehalten worden war (aber niemals ganz entmachtet), beanspruchte vom Tage der politischen Unabhängigkeit Ugandas ab eine Vormachtstellung in Uganda, zumindest eine weitgehende politische Autonomie für das von ihnen vor der Kolonialzeit beherrschte Buganda. Obote, Ugandas erster Premierminister, der sich zunächst sogar mit dem Kabaka Mutesa III als einer politisch in Uganda nicht zu übersehenden politischen Kraft in einer Koalitionsregierung arrangiert hatte, kam langfristig dieser Erwartung nicht nach, sondern ging im Gegenteil, sobald er die Macht im Lande fest in der Hand hatte auf Konfliktkurs, auf dessen vorläufigem Höhepunkt die Vertreibung Mutesas aus Uganda stand (1966). Seit dem Zeitpunkt mußte Obote die Buganda-Aristokratie zu seinen erbittertsten Gegnern rechnen. Erfolgreich schürte sie in Buganda soviel an politischer Unzufriedenheit (obwohl gerade diese Provinz die sozio-ökonomisch am weitesten entwickelte und reichste Region Ugandas darstellt), daß Obote es bis zum Tage seines Sturzes nicht wagte, den in Buganda seit 1966 verhängten Ausnahmezustand aufzuheben. In diesem Zusammenhang steht unseres Wissens nach auch der mißglückte Mordanschlag auf Obote Ende 69.

Der neue Machthaber in Uganda, Amin, obwohl selbst kein Baganda, brachte der bugandesischen Aristokratie sofort seine Ehrerbietung. Er ordnete die Rückführung der Leiche des im Londoner Exil verstor-

benen Kabaka (Mutesa III) nach Uganda an. Das von Amin am 2.2.71 vorgestellte neue Regierungskabinett (mit Amin als Staatschef und Verteidigungsminister und einen weiteren Offizier als Innenminister) ist zwar stammesmäßig formal ausgewogen, es muß aber angenommen werden, daß Amin die Interessen der bugandesischen Oberschicht gebührend mit berücksichtigen wird, denn der Stamm, dem er selbst angehört, wird in dem durch Stammesgegensätze noch stark geprägten Uganda als Hausmacht nicht ausreichen.

Für Amins Machtübernahme möglicherweise noch wichtiger, weil politisch weitreichender, ist die Sympathie und Unterstützung, die ihm das englische Kabinett Heath und bestimmte Kreise der englischen Wirtschaft entgegenbringen. Obote, lange Zeit Garant englischer Wirtschaftsinteressen in Uganda, hatte mit einem weitreichenden Sozialisierungsprogramm auf der Grundlage seiner 1969 erlassenen "Common Man's Charter" (vergleichbar in vieler Hinsicht mit der "Arusha-Erklärung" Nyereres) von Mai 1970 ab eine Enteignungskampagne eingeleitet (Verstaatlichung der Banken, des Handels und 60-prozentige Enteignung größerer privater Industrieunternehmen), die u.a. auch englische Firmen wie B.P., Dunlop, die Londoner Bank Barclays D.C.D. trafen, die englische Wirtschaft schwer verstimmt (übrigens auch einige deutsche Afrikafirmen: einer upi-Meldung vom Mai letzten Jahres nach haben diese heftige Kritik an den Maßnahmen Obotes geübt und erklärt, Uganda sei damit für Auslandsinvestitionen uninteressant geworden). Mit seiner Parteinahme für Kaunda und Nyerere auf der jüngsten Commonwealth Conference hatte Obote die englische Regierung unmittelbar herausgefordert.

Amin bügelte dies 3 Tage nach seiner Machtübernahme sofort wieder glatt, indem er erklärte, Uganda werde keinesfalls aus dem Commonwealth austreten und zu England wieder gute Beziehungen pflegen, weil, wie er sich wörtlich ausdrückte, "dieses Volk Uganda so gut regiert hat". Amin deutet hierin natürlich auch eine sozialpolitische Umorientierung an, mit der wahrscheinlich auch eine Demontage der sozialistischen Ansätze Obotes, den er verächtlich "Kommunist" nennt, verbunden sein wird.

Die englische Regierung wußte sich übrigens sofort für das Freundschaftsangebot aus Uganda zu bedanken. Sie gewährte dem neunmaligen Landesmeister im Schwergewichtsboxen und Mau-Mau-Abwehrkämpfer als erstes Land volle diplomatische Anerkennung (bislang ist dem nur Ghana gefolgt; selbst die USA hält sich noch zurück).

Über die Aussichten Obotes, die Staatsführung in Uganda wieder in die Hand nehmen zu können, vermag man im Moment noch wenig zu sagen, zumindest solange Jomo Kenyatta sein Votum nicht abgegeben hat. Dieser hält sich bislang noch in unentschiedenem Schweigen. Wirtschaftspolitisch wird nur Kenya das neue Regime in Uganda unter Druck setzen können, da praktisch der gesamte Außenhandel Ugandas über die Häfen Kenyas abgewickelt wird und werden muß. Mit einer militärischen Intervention zugunsten Obotes kann, soweit man eine solche überhaupt in Betracht ziehen kann, allenfalls von sudanesischer Seite her gerechnet werden. Die sudanesische Regierung benötigt für ihren Antiguerillakrieg im Süden ihres Landes ("Anya-Anya-Rebellen") nach Uganda hin offene Grenzen, über die hinaus sie Guerilla-Gruppen verfolgen kann. Obote hatte bislang derartige militärische Einfälle in das Gebiet Ugandas (bis zu Distanzen von 100 km) widerwillig geduldet. Amin hingegen, dessen Familie und Stammessektion den Widerstandskämpfern im Süden Sudans nahesteht, ist entschlossen, die Grenze Ugandas nach Norden hin für Antiguerillakämpfer der sudanesischen Regierung dicht zu machen. Die

sudanesische Regierung wird dies möglicherweise nicht hinnehmen wollen und könnte für den Fall, daß breite Bevölkerungsteile Ugandas für Obote offen Partei ergreifen, dem Regime Amin im Norden des Landes kräftezehrende militärische Auseinandersetzungen liefern.

Die wortreichen Solidaritätserklärungen von Seiten der Staatschefs Tansanias, Somalias, Guineas oder Sambias, in denen aber keine konkreten Taten angekündigt werden, werden Obote zunächst wenig helfen können. Sie werden lediglich die diplomatische Anerkennung der Amin-Regierung durch andere Regierungen zeitlich hinauszögern können. Dem Beispiel Busias von Ghana (Ghana ist bislang neben England das einzige Land, das das Militärregime in Uganda anerkannt hat) werden aber sicherlich andere Staaten folgen. Über eine quasi-Anerkennung von Seiten aller westeuropäischen Länder verfügt im übrigen die Regierung Amin inzwischen schon. Die Botschafter dieser Länder - unter ihnen auch der der BRD - nahmen an der Vereidigungsfeierlichkeit des Amin-Kabinetts teil.

Ergänzend wäre noch hinzuzufügen, daß Amin natürlich ohne Parlament regieren wird. Über parlamentarische Neuwahlen hat Amin bislang auch noch nichts verlauten lassen.

Es scheint, wenn man die bislang vorliegenden Informationen als ausreichend betrachten will, daß wieder einmal das Militär einen aussichtsreichen Reformansatz zum Scheitern bringt und sich damit wieder einmal für die geschäftlichen und außenpolitischen Interessen einer kapitalistischen Industrienation und für die Herrschaftsansprüche einer korrupten Oberschicht des eigenen Landes in die Bresche geworfen hat. Amin selbst ist schlicht ein Dummkopf und als solcher ohne politischen Selbstwillen. Aber die bugandesische Oberschicht und die Beraterteams der englischen Regierung und englischer Firmen, die gewiß schon auf dem Wege nach Uganda sind, werden ihm schon das "Richtige" raten und auf diese Weise die breite Bevölkerung wieder zurück in interne und externe Ausbeutungsbeziehungen führen. So besehen können die Tränen, die man in Obotes Augen bei der Nachricht von dem Umsturz in Uganda beobachtet haben will, wohl kaum als Ausdruck von Sentimentalität gedeutet werden.

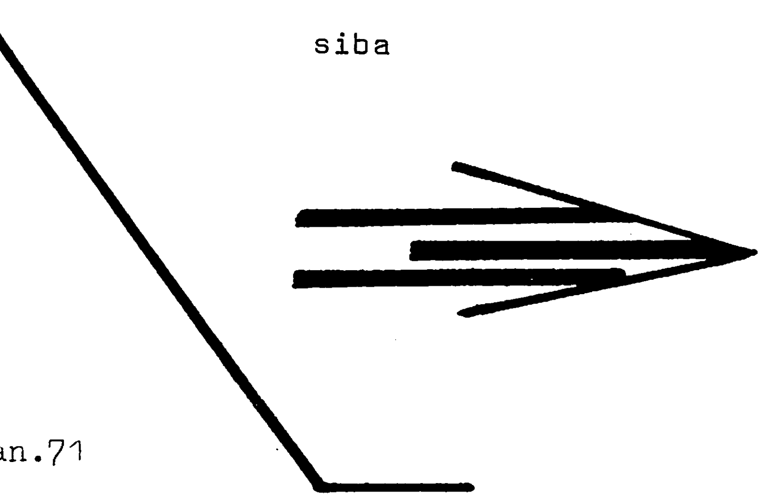
Die Quellen, die in diesem Artikel Verwendung fanden, sind fast ausschließlich der Neuen Züricher Zeitung, der Süddeutschen Zeitung und den Mitteilungsblättern Nr. 78 und 79 der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen und dem "Daily Telegraph" (konservativ) entnommen.

siba

Waffenfabrik für Thailand

Bangkok (UPI). Ausrüstung im Wert von 20 Millionen Mark für eine Waffenfabrik in Thailand wird ein deutsches Unternehmen liefern. Wie die thailändischen Streitkräfte am Montag bekanntgaben, ist ein entsprechender Vertrag mit der Fima Heckler und Koch (Oberndorf bei Nürnberg) unterzeichnet worden. In der Waffenfabrik sollen Schnellfeuergewehre hergestellt werden. Der Vertrag mit dem Unternehmen ist der erste dieser Art, seit die thailändische Regierung 1970 beschlossen hat, eine eigene Waffenindustrie aufzubauen.

Aus : Badische Zeitung 26.Jan.71



Aus einem, dem iz3w anonym zugesandten Brief eines Ugandesen

Aus dem Englischen übersetzt von Ilja Mayer

Ende Januar 1971

Seit Montag (25. Januar 71 - Anm. des Übersetzers) gibt es also eine Militärregierung mehr in Afrika und möglicherweise über kurz oder lang einen Krieg mehr. Von der europäischen Presse wird vermutlich über den ganzen Vorgang nicht viel Vernünftiges publiziert werden und auch bei uns ist es schwer, sich durch das Gewirr von Wahrheiten, Halbwahrheiten und Lügen durchzufinden, die von der Clique des neuen "Regierungschefs" (offiziell: "military head of state") Idi Amin Dada zu einem furchtbaren Propagandabrei zusammengerührt werden.

Offizielle Story ist, daß die Armee sich wehren mußte, da Obote befohlen hatte, alle Armeeangehörigen zu entwaffnen außer denen, die zu den Stämmen Lango und Acholi (Nord- und Zentraluganda; Obote selbst ist ein Lango) gehören, und die die Entwaffnung vornehmen sollten.

Allerdings paßten die tatsächlichen Vorgänge teilweise überhaupt nicht zu dieser Interpretation und bei sorgfältiger Überprüfung stellt sich die Sache ganz anders dar. Und zwar führten drei Faktoren zu diesem Putsch:

1. Die persönlichen Schwierigkeiten zwischen Amin und Obote. Diese Beziehungen hatten schon im Januar letzten Jahres einen Tiefstand erreicht, und Obote wollte Amin durch General Ocaya ersetzen, der wenige Tage vor seiner Ernennung von "Unbekannten" erschossen wurde.

2. Die angestrebte Verminderung der Macht der Armee. Das war eigentlich der Grund für die Verstimmung zwischen Obote und Amin. Obote wollte der Armee, die ein unkontrollierbarer Haufen überbezahlter, korrumpierter und fauler Burschen ist, einige andere Institutionen gegenüberstellen, damit die Armee nicht mehr das Waffenmonopol hatte und Staat im Staate spielen konnte. So war insbesondere ein National Service vorgesehen, der alle Teile der Bevölkerung umfassen und eine Grundausbildung an Waffen einschließen sollte. Dieser Apparat sollte durch spezielle Offiziere und Kommissare der UPC (Uganda People's Congress; Partei Obotes - Anmerkung des Übersetzers) kontrolliert werden, und es sollte noch in diesem Jahr beginnen. Folgerichtig war die erste Reaktion der Militärregierung, das Ministerium für National Service aufzulösen.

3. Trotz allem wäre es vermutlich nicht zum Putsch gekommen, da Amin und seine Leute ganz einfach zu dumm dafür sind. Aber die oben erwähnten Punkte waren natürlich auch anderen Leuten in der Armee bekannt, in diesem Fall den israelischen Ausbildern, die zusammen mit ihrem Geheimdienst den Plan für den Coup ausheckten, was auch Obote in Dar-es-Salaam gesagt hat. Den Israelis gefiel nämlich der Wechsel in Ugandas Politik gegenüber den Südsudanesen überhaupt nicht, da sie sehr gerne eine zweite Front im Süden der arabischen Staaten aufrechterhalten hätten. So war auch eine fol-

gerichtige Aktion der Militärregierung, den Sudan der Aggression zu bezichtigen. Es ist anzunehmen, daß sie die Nilia-Rebellen jetzt wieder unterstützen werden.

Trotz aller guter Planung ist aber der Coup nicht so gelaufen, wie er sollte. Ursprünglich war die Verhaftung Obotes geplant, wenn er am Dienstag aus Singapore zurückkam. Aus diesem Grunde wurden am Donnerstag letzter Woche (21. Januar - Anm. des Übers.) alle Truppenkommandeure zum Armeehauptquartier zusammengerufen, um den Plan zu besprechen. Einer von ihnen aber informierte das Kabinett, das daraufhin am Freitag zusammentrat und einen Staatssekretär nach Singapore schickte, um von Obote Weisungen einzuholen.

Leider informierte aber auch daraufhin ein Minister Amin. Als der Staatssekretär am Sonntag aus Singapore zurückkam, wurde er verhaftet, und bei ihm fand man die Dokumente, die die Entwaffnung der Armee anordneten und die jetzt für die offizielle Story benutzt werden. Der Coup ging also nicht erst am Dienstag, sondern schon am Sonntag los, da man glaubte, sich beeilen zu müssen, um Obote keine Möglichkeit für Gegenmaßnahmen zu geben.

Es wurde dann hier also bis Montag furchtbar geschossen. Dienstag und Mittwoch feierten die Baganda der Umgebung den Coup. Daß dabei einige Mitglieder der UPC ermordet wurden, ist nicht verwunderlich. Im Moment scheint es ruhig zu sein, obwohl sich ein Teil der Truppen in den Busch geflüchtet hat und von dort aus möglicherweise Guerillaaktionen betreiben wird. Wie sich unsere Nachbarstaaten verhalten, ist noch nicht ganz klar, zumal die Reaktion des Sudan ist nicht kalkulierbar, und ein Präventivkrieg von dieser Seite könnte uns möglicherweise bevorstehen.

---

ein leserbrief :

Albrecht Laicher, Pfarrer
7311 Hepsisau

Hepsisau, den 28.1.71

An das
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg
Lorettostr. 2o a

Betr. : Blätter des iz3w

Ich ersuche Sie, das Evang. Pfarramt in Hepsisau und Ochsenwang künftig zu verschonen von der Zusendung Ihrer "Blätter des iz3w", solange Sie nichts besseres wissen, als sich mit kritikloser Naivität vor den Karren der kommunistischen und schwarzrassistischen Hetzkampagne gegen Südafrika spannen zu lassen. Ihre überdeutlich wahrzunehmenden links-ideologischen Scheuklappen hindern Sie offensichtlich in mehr als peinlicher Weise daran, die Wirklichkeit zu sehen, wie sie ist. - Aber das war schon immer so und wird wohl auch leider in Zukunft so bleiben : "Ich habe eine soooo schöne Ideologie,- was kümmert mich da noch die Wahrheit und die Wirklichkeit !!"
Denken Sie ruhig weiter so, ich kann's Ihnen ja nicht verwehren; aber unterlassen Sie es bitte, uns Ihre geistigen Exkremente ins Haus zu schicken ! Es besteht kein Bedarf, sie stinken zu sehr !

Laicher
(Pfarrer)

Strukturdaten der Unterdrückung :

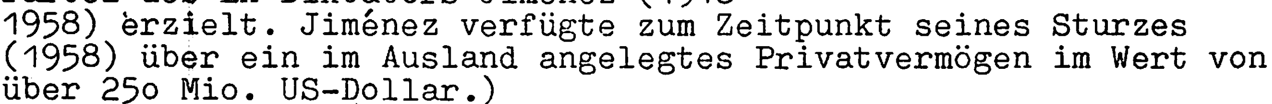
VENEZUELA

1. Allgemein

Fläche : 912 000 qkm (BRD : 25o 000 qkm)
Einwohner : 1o Mio.
Bevölkerungswachstum : 3,9 % pro Jahr
Hauptstadt : Caracas mit 2 Mio. Einw.
Venezuela (im folgenden : V.) ist nicht Mitglied der lateinamerikanischen Freihandelszone ALALC

2. Politisch-sozial

Regierungschef seit Frühjahr 1969 : Rafael Caldera, christlich-demokratische Partei (COPEI). (Die meisten Stimmen bei den letzten Wahlen (Dez. 68) hatte die Partei des Ex-Diktators Jiménez (1948-



1958) erzielt. Jiménez verfügte zum Zeitpunkt seines Sturzes (1958) über ein im Ausland angelegtes Privatvermögen im Wert von über 25o Mio. US-Dollar.)

Analphabetenquote : ca. 34 % (gemessen an der über 14 Jahre alten Bevölkerung)
Arbeitslosigkeit : 196o waren nur 5o % aller Arbeitsfähigen und -willigen voll beschäftigt. Zur offenen Arbeitslosigkeit von 14,3 % trat eine verdeckte Arbeitslosigkeit von 35,7 %.
6oo ooo der 2 Mio. Einwohner von Caracas leben in Slums.
Der Wohnungsbau V.s wird fast ausschließlich von privaten Geldgebern finanziert, sodaß praktisch überhaupt nur Wohnungen für Leute mit mittlerem und höherem Einkommen gebaut werden.
V. hat ca. 1 Mio. "elternlose", d.h. bettelnd herumstreunende und auf den Straßen übernachtende Kinder. Diese Zahl erhöht sich pro Jahr um 1oo ooo.

In den Jahren 1962/63 existierte in V. eine der stärksten Guerilla-Bewegungen des Kontinents. Mittlerweile (nach einem "Amnestieangebot" Calderas) kämpfen nur noch wenige Guerilleros unter Douglas Bravo. Die KP ist zugelassen, V. unterhält diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion. "Illegal" ist dagegen die MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionario - Linksrevolutionäre Bewegung). Sie entstand 196o aus der Spaltung der Acción Democrática, unterstützt die Guerilla und sympathisiert mit dem kubanischen Modell.

3. Wirtschaftlich

a) Allgemein :

Volkseinkommen (1968) : 7,8 Mrd. Dollar
Pro-Kopf-Einkommen (1968) : 8o3 Dollar (zum Vergleich : das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Lateinamerika insgesamt beträgt ca. 3oo Dollar).

Einkommensverteilung :

1957 : 12 % der Bevölkerung erhalten 49 % des Gesamteinkommens
45 % der Bevölkerung erhalten 9 % des Gesamteinkommens

Nach neueren Angaben ist diese extrem ungleiche Einkommensverteilung bis heute praktisch unverändert : nach wie vor müssen sich fast 5o % aller Familien mit 1o % des Gesamteinkommens begnügen, während ein winziger Teil der Bevölkerung über die Hälfte des Sozialprodukts verfügt.

b) Landwirtschaft

24 % der Gesamtfläche V.s sind landwirtschaftlich nutzbar. Tatsächlich werden davon aber nur 8 % genutzt (mehr als 9o % der nutzbaren Fläche ist also brachliegendes Land).

71 % aller Bauern besitzen kein eigenes Land. Die propagierte Landreform ist (wie in fast allen Ländern Lateinamerikas) schon in den Ansätzen steckengeblieben.
Die Nahrungsmittelproduktion stagniert.

8o % aller Landwirtschaftsbetriebe verfügen nur über 5 % der genutzten Fläche, während 3,5 % der Großbetriebe 78,9 % der Nutzfläche umfassen.

3o % aller Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig; sie tragen aber nur zu 7,4 % zum Sozialprodukt bei.

c) Industrie :

Erdöl :

V. ist ein Ölland. Die Rohölförderung des Landes betrug 1967 184 Mio. Tonnen. Der Anteil V.s am Welterdölmarkt betrug 1969 15 %.
Die Förderquellen liegen im und um den Maracaibo-See.

Die wichtigsten Ölkonzerne V.s :

Creole Petroleum Corp. (die venezolanische Tochter der Standard Oil of New Jersey (ESSO), welche bekanntlich eine Rockefeller-Gründung ist.) Förderanteil : 39%

SHELL AG (englisch-holländisch, mit Beteiligung der brit. Regierung), Förderanteil : 26 %

Mene Grande (eine Tochter der Gulf Oil Corp., USA), Förderanteil : 13 %.

Die Ölförderung wurde in V. kurz vor dem 1. Weltkrieg von der SHELL AG zuerst aufgenommen.
Die Förderrechte der Konzerne laufen 1983 bzw. 1984 aus.

Die USA sind der Hauptabsatzmarkt für die Ölgesellschaften. Nur 5 % des in V. geförderten Öls werden im Lande selbst verbraucht.

Die SHELL erzielt pro Jahr einen Reingewinn von 23o Mio. DM.
Die ESSO-Venezuela (Creole) erzielte 1969 819,3 Mio. DM und 197o 644,8 Mio. DM Reingewinn (also nach Abzug aller Kosten, Steuern und sonstigen Abgaben.)
Die ausländischen Ölgesellschaften insgesamt, die im übrigen praktisch keine Neuinvestitionen in V. mehr vornehmen, ziehen so pro Jahr ca. 1,4 Mrd. DM aus V. heraus.
Die Kosten der Ölkonzerne belaufen sich auf 28 % der Erlöse (1967); die an den venezolanischen Staat zu zahlenden Produktions- und Einkommenssteuern betragen 49,7 % des Umsatzes.
Das Öl bringt gut 9o % der Devisen V.s ein und finanziert zu zwei Dritteln den Staatshaushalt.

Das geförderte Öl wird zu 32 % im Land selbst raffiniert.
Die Beschäftigten des Ölsektors (insgesamt nur 4 % der arbeitenden Bevölkerung) verdienen im Durchschnitt DM 3o ooo,- pro Jahr.

Erze :

Geschätzte Eisenerzreserven V.s : 2 Mrd. Tonnen (= 1 % der Weltreserven)
Die gesamte Förderung wird von den beiden US-Gesellschaften Orinoco Mining Company (zu 9o %) und Iron Mines (zu 1o %) betrieben.

Verarbeitende Industrie :

Der Beitrag der verarbeitenden Industrie zum Sozialprodukt betrug 1968 15 %.
Der Wert der ausländischen Investitionen in der verarbeitenden Industrie belief sich Ende 1967 auf 1,9 Mrd. DM (Wert der gesamten ausländischen Investitionen : ca. 1o Mrd. DM).

BRD und V. :

Investitionen der BRD in V. bis Ende 1969 im Wert von 38,1 Mio. DM.

V.s Außenhandel mit der BRD (1969) :

Einfuhr der BRD aus V. : 22,5 Mio. Dollar
Ausfuhr der BRD nach V. : 13o,o Mio. Dollar

Das früher bestehende Handelsabkommen zwischen V. und der BRD ist ausgelaufen und bisher nicht wieder erneuert worden.

Verwendete Literatur :
(Leider ist es bei derartigen Datensammlungen aus Raumgründen nicht möglich, jede einzelne Angabe mit iher Quelle gesondert auszuweisen.)

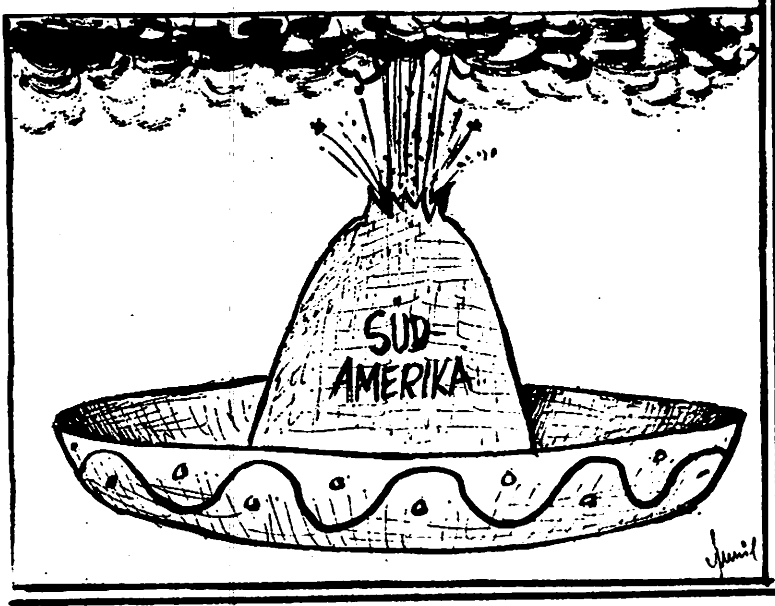
- Lagarrigue, J., A. Magnet u.a., Lateinamerika, Bonn 1965
- Maurer, G. u. P. Molt, Lateinamerika. Eine politische Länderkunde; Ergänzte Neuauflage, Berlin 197o
- Grabendorff, W., Lateinamerika - wohin ?, München 197o,(dtv Nr. 727)
- Deutsch-Südamerikanische Bank (Hrsg.), Kurzbericht über Lateinamerika, Hamburg 197o
- Dams, Th. u. G. Jostkleigrewe, Ausgewählte Strukturdaten zur Kennzeichnung der demographischen und wirtschaftlichen Situation von Venezuela, in : Schriften der Kübel-Stiftung Bd. 3, Bensheim 197o
- Deutsche Ueberseeische Bank (Hrsg.), Lateinamerika. Wirtschaftliche Daten, Hamburg 197o
- Jones, G.W., Underutilisation of Manpower and Demographic Trends in Latin America, in : International Labour Review, Vol. 98, 1968

(Fortsetzung des Literaturverzeichnisses zu "Venezuela")

- I.L.O., Eighth Conference of American States Members of the International Labour Organisation, Ottawa, Sept. 1966, Report II : Manpower planning and employment policy in economic development, Geneva, I.L.O., 1966
- Held, R., Tropenland mit harter Währung, in : Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.5.59
- Throm, W., Die Ölkonzessionen in Venezuela laufen aus, in : Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.8.69
- Schütt-Mogro, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas, vervielfältigtes Manuskript des Informationszentrums Dritte Welt, Freiburg 1971
- o.V., Da hilft nur noch Gewalt, Spiegel-Serie über Lateinamerika, Der Spiegel Nr. 36-39/197o
- Gebhardt, H.P., Frieden mit den Guerillas in Venezuela ?, in : Frankfurter Rundschau vom 5.5.69
- o.V., Venezuela schafft sich eine breitere Wirtschaftsbasis, in : Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.1o.7o
- Neue Zürcher Zeitung vom 26.1.71
- o.V., Venezuela - eine Wirtschaft im Ungleichgewicht, in : Neue Zürcher Zeitung vom 31.8.69

fh

Aus : Frankfurter Rundschau



Bundesaußenminister Walter Scheel hielt am 1o.2.7o in Bonn eine Rede vor den Botschaftern Mittel- und Südamerikas. Er sagte dabei u.a.:

"Die Beziehungen Deutschlands zu jedem der von Ihnen vertretenen Länder und zu ihrer Gesamtheit beruhen aber nicht nur auf Erwägungen der Vernunft Die nie ernsthaft gestörte Freundschaft zwischen Deutschland und Lateinamerika findet ihren festen und dauerhaft Grund in einer geistig-kulturellen Gemeinschaft. Sie wird gespeist aus dem Bewußtsein des gemeinsamen Ursprungs unserer Kultur und findet ihren Ausdruck in gemeinsamen Wertvorstellungen von Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmungsrecht. ...

Auch auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe versucht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Lateinamerika bei der Lösung seiner Probleme zu helfen. Der relativ hohe Entwicklungsstand der Länder Lateinamerikas macht es möglich, diese Hilfe in ungleich stärkerem Maße als in anderen industriellen Aufbaugebieten der Welt auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu gewähren. Die deutsche Regierung fördert die privaten Investitionen durch Garantien und Steuermaßnahmen."

Ein Kommentar zu den Wertvorstellungen von Freiheit, Menschenwürde etc. des Herrn Scheel dürfte damit überflüssig sein.

Aus : Bulletin der Bundesregierung vom 12.Feb. 197o, S. 181 f
(Unterstreichungen von uns.)

Industrie und CDU

lügen wie gedruckt !

EIN NACHTRAG ZUR CABORA-BASSA-DISKUSSION:

Nach der schwedischen Firma ASEA ist nun auch die italienische Firma Sozieta Anonima Elettrificazione (SAE) Milano aus dem Cabora-Bassa-Projekt zurückgetreten (Frankfurter Rundschau, 18.12.70). Die italienische Regierung hatte auf Betreiben Kaunda's im Mai letzten Jahres die versprochenen Kredite und Bürgschaften verweigert. Man kann dies als kleinen Erfolg des weltweiten Protests gegen Cabora Bassa betrachten:

Der UN-Kolonialausschuß hat bereits dreimal (!) den Bau von Cabora Bassa verurteilt und die am Bau beteiligten Länder und Firmen aufgefordert, sich von diesem Projekt zurückzuziehen (Süddeutsche Zeitung vom 20.8.70, 20.11.70 und Frankfurter Rundschau vom 14.12.70). Die OAU-Außenministerkonferenz in Addis Abeba sowie die Konferenz der blockfreien Länder in Lusaka haben sich diesem Protest angeschlossen. In Deutschland protestierten neben einer Unzahl von Gruppen, Jugend- und Studentenverbänden auch Ministerpräsident Kühn und die deutsche Sektion der Pax-Christi-Vereinigung mit Kardinal Döpfner gegen die Beteiligung an diesem Projekt.

Angesichts dieser weltweiten Protestwelle bleibt den Firmen zur Verteidigung ihres "humanitären" (Tacke, Siemens) Projekts nur noch die Zuflucht zu zugegebenermaßen geschickten Falschmeldungen. Die Hauptrolle spielt dabei eine angebliche Befürwortung des C.B.-Projektes durch die UN-Economic Commission for Africa (UN-ECA). Diese Falschmeldung soll im folgenden von ihrer "Urzeugung" an dokumentiert und dann widerlegt werden. (Alle zitierten Zeitungsmeldungen und Dokumente liegen im Original oder als Kopie beim iz3w vor und können dort angefordert werden.)

1) Die Geburt der Falschmeldung geschah im August 70 in der Nr. 8 des "Portugal Reports", herausgegeben von der Port. Botschaft, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Dollendorfer Str. 15:

   "... In Lissabon nahm Portugals Außenminister Dr. Rui Patricio am 23. Juli auf seiner ersten internationalen Pressekonferenz zu den Vorwürfen, die in diesem Zusammenhang gegen Portugal erhoben werden, Stellung ... (Er) faßte die Fakten zu Cabora Bassa in folgenden acht Punkten zusammen: ... 7. Die Lieferung von Energie aus Cabora Bassa an Malawi entspricht einer konkreten Empfehlung des Wirtschaftsausschusses der UNO für Afrika. Dieser Bericht würdigt auch sehr objektiv den Einfluß des Staudammes auf den Fortschritt der Landwirtschaft und der Industrie in Mozambique ..."

2) Am 9.9.70 unternahmen Vertreter der CB-Firmen den Versuch, ihre Beteiligung zu rechtfertigen. Dabei kam ihnen diese Hilfestellung aus Lissabon gerade richtig.

3) So liest es sich im Handelsblatt vom 10.9.70:

   "... Die UNO-Wirtschaftskommission für Afrika, die ECA, hat die Verwirklichung des Cabora-Bassa-Projekts empfohlen. Auch den Regierungschefs der schwarz-afrikanischen Länder wurde nahegelegt,

ben. Sambia mißachtet damit die 'Economical Commission for Africa' (ECA) der UNO, die im April 1969 den Bau von Cabora Bassa und auch die Stromlieferung an Malawi empfahl und die Empfehlung eingehend mit dem Fortschritt für Landwirtschaft und Industrie begründet. Noch im gleichen Jahr 1969 haben die schwarzafrikanischen Regierungschefs in Lusaka und in Daressalam diese Empfehlung ausdrücklich gebilligt ..."

7) Der einzige vorsichtige Versuch eines Dementis ist in einem Leserbrief am 3.10.70 in der Süddeutschen Zeitung enthalten:

   "... (Es gibt Anzeichen, die darauf hindeuten, daß ein Beschluß der ECA eventuell überhaupt nicht zu Cabora Bassa gefaßt wurde) ..."

8) Der Überblick, herausgegeben von der Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart, schreibt:

diesem Vorhaben zuzustimmen, zumal die Energie auch an ihre Länder geliefert werden soll. Die zuständigen Regierungschefs erklärten sich denn auch im Jahre 1969 auf Konferenzen in Lusaka und Daressalam mit dem Bau des Staudammes einverstanden ...".

4) Die Süddeutsche Zeitung, von der man etwas mehr kritische Distanz erwarten sollte, schrieb am gleichen Tag:

"... Zur Rechtfertigung ihres Engagements bei diesem 'normalen Exportgeschäft, das mit Entwicklungshilfe nichts zu tun hat', machen die Vertreter der deutschen Unternehmen geltend:
- Das Cabora Bassa-Projekt, seit 1957 diskutiert, wurde von der UN-Kommission für Afrika als Beitrag zur Infrastruktur-Verbesserung befürwortet, ist nicht gegen die ökonomischen Interessen anderer Länder Afrikas gerichtet und fand auch bei afrikanischen Regierungen zunächst Zustimmung ..."

(In den ESG-Nachrichten vom 23.10.70 findet sich diese Meldung wieder: "... 1957 befürwortete die UN-Kommission für Afrika das Projekt eines Dammes, der den Sambesi im Cabora-Bassa-Tal aufstauen sollte ...")

5) Der Informationsdienst Dr. M. Zapp, 4 Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 22, eine Werbeagentur der port. Botschaft, trug die Ente weiter:

"Die Empfehlung der UNO (Überschrift). Die Economical Commission for Africa (ECA) der UNO hat bereits im April 1969 den schwarzafrikanischen Regierungen den Bau von Cabora Bassa und auch die Lieferung von Energie für Malawi empfohlen. Die schwarzafrikanischen Regierungschefs haben im gleichen Jahr auf ihren Konferenzen in Lusaka und Daressalaam dieser Empfehlung auch zugestimmt. Dieser Bericht der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika würdigt gleichzeitig sehr objektiv den Einfluß des Staudammes auf den Fortschritt der Landwirtschaft und Industrie in Mozambique ..."

6) Die Badischen Neuesten Nachrichten greifen am 26.9.70 mit Wollust das Argument in einem demagogischen Artikel auf:

"... (Malawis) reicherem schwarzen Nachbarn Sambia kommt gar nicht in den Sinn, den Lebensstandard des armen Vetters zu heben. Sambia mißachtet damit die 'Economical Commission for Africa' (ECA) der UNO, die im April 1969 den Bau von Cabora Bassa und auch die Stromlieferung an Malawi empfahl und die Empfehlung eingehend mit dem Fortschritt für Landwirtschaft und Industrie begründet. Noch im gleichen Jahr 1969 haben die schwarzafrikanischen Regierungschefs in Lusaka und in Daressalam diese Empfehlung ausdrücklich gebilligt ..."

7) Der einzige vorsichtige Versuch eines Dementis ist in einem Leserbrief am 3.10.70 in der Süddeutschen Zeitung enthalten:

"... (Es gibt Anzeichen, die darauf hindeuten, daß ein Beschluß der ECA eventuell überhaupt nicht zu Cabora Bassa gefaßt wurde) ..."

8) Der Überblick, herausgegeben von der Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart, schreibt:

"... Die Bundesrepublik hat keine Veranlassung, das Caborabassa-Projekt zu verdammen. Längst haben diesem eine UNO-Kommission sowie eine Reihe schwarz-afrikanischer Politiker zugestimmt, weil der Staudamm auch gerade der Eingeborenen-Bevölkerung zugute kommt ..."

9) Das ZEIT-Magazin widmete dem Thema Cabora Bassa einen 4-seitigen Farbbericht und schreibt:

"... Die UNO-Wirtschaftskommission für Afrika hatte die Verwirklichung des Projekts Cabora Bassa empfohlen und die afrikanischen Regierungschefs ermahnt, Toleranz zu üben, ungeachtet der Kontroversen, die sie mit der portugiesischen Provinz Mozambique ausfechten. In diesem Falle galt das Wort der UNO wenig ..."

Dieser ZEIT-Artikel sei jedem empfohlen, der sich über die gängige ZEITideologie ein Bild machen will (s.a. iz3w Nr. 2/3, "Für die ZEIT ist die Welt noch in Ordnung"). Verschleiert durch ein pseudolinkes Feuilleton vertritt die ZEIT einen knallhart-kapitalistischen Standpunkt. So hofft z.B. Cabora-Bassa-Autor Peter Schmid, das Verhältnis Portugals zu seinen Überseeprovinzen (sic!) werde "in jenen Typus freundschaftlich kooperierender Unabhängigkeit münden, wie ihn die französische 'Communauté' verwirklicht hat!"

10) Am 6.1.71 findet Tacke, Vorstandsvorsitzender von Siemens, in der CB-Diskussion der ARD wieder einmal das richtige Wort:

"Daß das Projekt vor wenigen Jahren noch allgemein hoffähig war, konnte Tacke auch dadurch nachweisen, daß die UN-Wirtschaftskommission für Afrika, deren Generalsekretär der radikale Ghanaer R.K.A. Gardiner ist, in einem umfangreichen Papier dem benachbarten Staat Malawi vorgeschlagen hat, für die vorgesehene Bauxitverwertung Strom von Cabora Bassa zu beziehen." (Joseph Maria Hunck, im Handelsblatt vom 8.1.70)

Eppler widersprach ihm damals nicht, genauso wie er

11) Anfang Februar 1971 dem CDU-"Entwicklungshilfeexperten" und mehrfachen Millionär Leisler-Kiep in einer Diskussion im Hessischen Rundfunk nicht widersprach, als Kiep daran erinnert:

"... Das Cabora-Bassa-Projekt ist von der UN-Commission for Africa gebilligt worden ..." (zit. nach Handelsblatt, 4.2.71)

Die Wahrheit:

12) Brief der Deutschen Botschaft in Addis Abeba vom 3.9.70 an die Aktion Dritte Welt, Göttingen:

"... Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika, eine ausschließlich für Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Afrikas zuständige Unterorganisation der Vereinten Nationen, hat zu den Cabora-Bassa-Plänen bislang keine Stellungnahme abgegeben; Mozambique besitzt in der ECA keinen Mitglieds-Status ..."

Eine Stellungnahme der ECA existiert also nicht, nur ein rein internes Arbeitspapier. Dazu die folgenden Dokumente (13 - 15):

13) Brief der Deutschen Botschaft in Addis Abeba am 21.10.70 an die Aktion Dritte Welt, Dortmund:

"... teilt Ihnen die Botschaft mit, daß das von Ihnen zitierte ECA-Arbeitspapier dem Vernehmen nach als ein rein internes, technisches Dokument zu werten ist. Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika hat diese Arbeit nach eigenen Angaben nicht bei den Mitgliedsstaaten 'zirkuliert'; auch trägt die Stellungnahme keinerlei UN-Embleme, was auf den nicht-offiziellen Charakter schliessen läßt ..."

14) Brief der ECA an die Aktion Dritte Welt, Dortmund vom 17.11.70:

"... Das Dokument, auf das Sie sich beziehen, wurde 1969 von der ECA erarbeitet und mit seinem Aufgabenbereich nur auf die rein ökonomischen und technischen Aspekte der Vorteile beschränkt, die Malawi, einem der Mitgliedsstaaten der ECA, wahrscheinlich aus der Benutzung der Energie des Cabora-Bassa-Damms entstehen würden. In der Tat war die Studie, die den Bau des Cabora-Bassa-Damms betraf, eine Art Alternativplan zur Nutzung des Wasserkraftpotentials von Malawis Shire-River als einer primären Energiequelle dieses Landes ..."

Aus dem Arbeitspapier, von dem ebenfalls eine Kopie beim iz3w vorliegt, geht hervor, daß Malawis Bedarf (einschließlich dem für die Aluminiumproduktion) von bis zu 2.400 KWh jährlich durch die eigenen Energiequellen am Shire River und am Liwonde Damm bei weitem gedeckt werden kann (potentielle jährliche Stromerzeugung: über 3.900 KWh). Billiger kann es den Strom (und die damit verbundene Abhängigkeit vom weißen Afrika) allerdings von Cabora Bassa bekommen und Dr. Banda, der Staatschef dieses Satelliten Pretorias, hat auch schon seinen Bedarf am CB-Strom angemeldet. Herr Dr. Banda wird am besten durch das folgende Zitat aus Quick, 9.12.70 charakterisiert:
Dr. Banda: "Wer wie ich lange unter Weißen gelebt hat und Weiße zu Freunden hat, denkt anders als diejenigen, die kaum aus ihrem Land herausgekommen sind." - Eine Stimme der Vernunft. (So Quick!)

15) Zum Abschluß noch ein Zitat aus einem Brief der OAU vom 19.10.70 an die Aktion Dritte Welt, Dortmund:

"... Das besagte Papier enthält keinerlei Empfehlung an afrikanische Regierungen hinsichtlich des Baus des Cabora-Bassa-Damm-Projekts. Es ist auch nicht wahr, daß Konferenzen in Lusaka und Dar-es-Salaam, die von afrikanischen Politikern besucht wurden, dem Bau des besagten Damms zugestimmt haben. Deshalb müssen die fünf deutschen Firmen, die zum ZAMCO-Konsortium gehören, absichtlich Tatsachen verfälscht haben, um die deutsche öffentliche Meinung irrezuführen und die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, die beständig die unterdrückten Millionen Afrikaner im südlichen Afrika unterstützen, zu spalten ..."

Dem ist nichts hinzuzufügen. gs

---

eisenerz in mozambique

Sehr bedeutende Eisenerzlager von ausgezeichneter Qualität, die auf über 1oo Mio. Tonnen geschätzt werden, sind gegenwärtig Objekt einer genauen Suche, die in der Gegend von Vila Pery in Mozambique, 24o km von Beira unweit der Grenze zu Rhodesien durchgeführt werden. Diese Lager, die in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung denen von Cassinga in Angola vergleichbar sind, werden seit 1968 vermutet. Die Entdeckung ist auf Flüge der Kernenergiekommission zurückzuführen, welche in dieser Gegend beträchtliche magnetische Abweichungen aufzeichnen konnten.

Zit. nach : Jeune Afrique v. 2.Feb. 1971

und immer ist ABS dabei

DIE HAPAG BEUTET SEELEUTE AUS ENTWICKLUNGSLÄNDERN AUS[1]

Die Gewerkschaft ÖTV klagt gegen die deutsche Reederei Hapag. Der Grund : die Hapag "entlohnt" einen indonesischen Motorhelfer mit DM 185,- pro Monat und einen indonesischen Bootsmann mit DM 325,- pro Monat.
Die entsprechenden Tarifverträge für deutsche Arbeiter schreiben als Mindestlöhne mehr als das Dreifache vor.

Als 25 indonesische Seeleute des (Hapag-eigenen) Frachters "Düsseldorf" im Nov. 197o in die ÖTV eintreten wollten, damit ihre Rechte besser vertreten würden, wurden sie in Djakarta an Land gesetzt : fristlose Kündigung !

Zur gleichen Zeit kündigten plötzlich (und ohne Begründung) 1o indonesische Seeleute des (Hapag-eigenen) Frachters "Dortmund" ihre gerade erst beantragte Mitgliedschaft in der ÖTV. Die Reederei selbst hatte die entsprechenden Erklärungen gesammelt an die Gewerkschaft geschickt ...

Am 1. Juli 197o waren bereits 42,5 % aller auf deutschen Schiffen beschäftigten Seeleute Ausländer. - Die Hapag "erwirtschaftete" schon 1968 32 % Dividende pro 1oo,-DM-Aktie ...

Die "Deutsche Bank AG" besitzt ca. 6o % des Aktienkapitals der Hapag.[2]
Diesem vornehmen Kreditinstitut genügt es offenbar schon lange nicht mehr, sich "nur indirekt" (also z.B. durch Übernahme von Anleihen aus der Südafrikanischen Republik[3]) an Ausbeutung und Unterdrückung der armen Massen in und aus der Dritten Welt zu beteiligen.

Es wäre auch einmel interessant zu erfahren, wie der etablierte bundesrepublikanische "Entwicklungshelfer" Wilfried Guth (u.a. Mitverfasser des Pearson-Berichts und Präsidiumsmitglied des "Deutschen Forums für Entwicklungspolitik") die Geschäftspolitik der Deutschen Bank beurteilt. Denn schließlich ist Herr Guth selbst Mitglied des Vorstandes dieses Unternehmens.

> „Der Unternehmer heißt Unternehmer, weil er etwas unternimmt. Der Arbeiter heißt Arbeiter, weil er arbeitet. Würden die Arbeiter etwas unternehmen, müßten die Unternehmer arbeiten."
>
> *Aus dem Lehrlingsprogramm* des Kölner Polit-Kabaretts „Floh de Cologne"

1) Entnommen aus : ÖTV-Magazin, Feb. 1971, S. 16 f
2) Vgl. etwa : Kapitalverflechtung in der Bundesrepublik, Kursbogen in : Kursbuch 21, Sept. 197o
3) Gegenwärtig können bei den Filialen der "Deutschen Bank" allein Anteile von 7 Anleihen aus der Rep. Südafrika gekauft werden. Vgl. Deutsche Bank (Hrsg.), Internationale DM-Anleihen, Frankf.197o

REZENSION

Theodor Dams :

"Marginalität" - Motivierung und Mobilisierung von Selbsthilfegruppen als Aufgabe der Entwicklungspolitik

In : Schriften der Kübel-Stiftung Bd. 3, Bensheim 197o, S. 7-59

Begriffskult 'Marginalität'

Die "Graswurzelriesen"[1] von Misereor haben nun endlich ihren Theoretiker gefunden, der ihrem Anspruch auf entwicklungspolitisches Riesenformat wissenschaftlich ausgewiesene Geltung verschaffen und den prämierten Erfolg von Guatemala City noch einmal gebührend herausstreichen soll. Man kann nicht sagen, daß sie mit Theodor Dams einen sehr glücklichen Griff getan haben, denn Theorie ist nicht gerade Th. Dams' Stärke.[2]

Immerhin verstand es Dams in einer massiven Begriffs- und Thesenanhäufung - freizügig entliehen aus der Volkswirtschaftslehre, der Soziologie und der Wissenschaftstheorie und nicht gerade zimperlich verwaltet - soviel bunt schillernden Schaum zu schlagen, daß ihm die Praktiker der deutschen Entwicklungspolitik kaum ihren Respekt vorenthalten werden, obwohl sie sicherlich Dams nur dort gedanklich werden folgen können, wo er (wohltuend !) konkret, praxisbezogen wird und hier in der Tat auch einige brauchbare Einsichten vermittelt. Konkret wird Th. Dams allerdings viel zu selten. Sein Ehrgeiz gilt der "großen Theorie" und der Strategie im Felde der Entwicklungspolitik oder genauer gesagt : dem "theoretischen Gesamtzusammenhang, in dem das Phänomen Unterentwicklung einzuordnen ist" einerseits und der Auffindung einer Strategie zur Überwindung dieses Phänomens andererseits. Vertrauen gibt ihm hierzu ein Begriff, der sich schon seit geraumer Zeit in der lateinamerikanischen Literatur (vgl. z.B. die 3-bändigen DESAL —Studien) diskutiert findet : Es ist der Begriff "Marginalität". Dams vermutet in diesem Begriff soviel an analytischer Schärfe und Fruchtbarkeit[3], daß sich mit ihm als Schlüsselwort der Analyse das Problem der Unterentwicklung als theoretisches Problem nicht mehr länger der Bewältigung entziehen kann.

Wofür soll nach Dams "Marginalität" im genaueren stehen, welche

---

1) So in ironisierender Selbstdarstellung in "Misereor aktuell", April 197o

2) Da wird von einer "operationalen Analyse", dem "Konzept der Marginalität", einem "gesellschaftlich soziologischen Wandel" gesprochen; da ist eine Theorie des sozialen Wandels das Gleiche wie eine Theorie des sozialen Konflikts; da sollen"Kriterien der Unterentwicklung zu positiven Maßstäben der Entwicklung umformuliert werden"; da soll sich "Marginalität weitgehend unabhängig von wirtschaftlichen Tatbeständen manifestieren" können (und das, nachdem eine Seite zuvor das Nicht-Beteiligtsein an der "Entstehung und Verteilung des Wirtschaftswachstums" zum Definitionsmerkmal von Marginalität gemacht worden ist) usw.

3) Dams verfällt hier fast schon in eine Art von Begriffskult, der dem Wort Marginalität gesundbeterisch anmutende Geltung zu verschaffen bemüht scheint.

theoretischen Einsichten soll der Begriff im einzelnen zutage fördern und in welcher Form sollen diese Einsichten der Entwicklungspolitik assistieren ? Dams definiert zunächst wörtlich so : "Marginalität geht von der Tatsache aus, daß in den Entwicklungsländern der größte Teil der Bevölkerung an den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entscheidungen sowie am Wirtschaftswachstum - in der Entstehung und Verteilung - nur unbedeutend, eben 'marginal' beteiligt ist." Wie sich später herausstellt, will er hierunter genauer "interne Marginalität" verstehen - in Gegenüberstellung zu dem, was er "externe Marginalität" nennt, womit er die Situation der Entwicklungsländer, kontrastiert mit der der Industrieländer, begrifflich fassen will.

Der "größte Teil der Bevölkerung" in den Entwicklungsländern in "interner Marginalität", das heißt : wirtschaftlich, politisch und sozial "marginal" oder, vom Wort her genommen, am Rande der Gesellschaft existierend ?!
So besehen kommt mir der Begriff vom sprachlichen Aussagegehalt her bereits fragwürdig gewählt vor, zumindest, wenn man das Gewicht der bloßen Zahl bei der Begriffsbildung mit zu berücksichtigen gesucht hätte. Die Bezeichnung "marginal" schiene unter diesem Aspekt sinnvoller dem verbleibenden kleineren Teil der Bevölkerung zuordbar.

Wichtiger als dieser formal-begriffliche Einwand scheint mir jedoch eine kritische Beurteilung zum einen des Bedeutungsinhalts, den Dams und andere Marginalisten dem Begriff Marginalität unterlegen und zum anderen der daraus entwickelten Imperative für Strategie und Taktik staatlicher Entwicklungspolitik. Niemand wird bestreiten wollen, daß der größte Teil der Bevölkerung in Entwicklungsländern an "politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entscheidungen" nur marginal beteiligt wird und desgleichen von den Früchten wirtschaftlichen Wachstums ausgeschlossen ist. Daß diese Feststellung aber auch für die "Entstehung" wirtschaftlichen Wachstums gelten soll, darf unter keinen Umständen, zumindest für Lateinamerika - und Dams geht bei seinen Ausführungen implizit wie explizit von den Ländern Lateinamerikas aus - unwidersprochen bleiben.
Ebensowenig darf, wie Dams dies mehrfach tut, das Nicht-Beteiligtsein an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen interpretiert werden als ein Außerhalb-der-Gesellschaft-Stehen oder als ein in dieser Nicht-integriert-Sein. In Lateinamerika, aber auch in den meisten anderen Entwicklungsländern, ist die Masse der Bevölkerung in ganz entscheidender Weise an die Gesamtgesellschaft angenabelt.[1)]
Sie stellt nämlich (es scheint schon fast banal, dies hier festzustellen) in Gestalt von Kleinbauern, Pächtern, Lohnarbeitern (in Landwirtschaft, Industrie, Bergbau und niederen Dienstleistungsberufen), Kleinhändlern, Kleinhandwerkern, "gemeinen" Soldaten usw. die lower class dieser Gesellschaften und ist von daher zwar sozial und politisch unterprivilegiert. Sie steht deswegen aber keineswegs außerhalb des Produktionsprozesses und der Herrschaftsbezüge der Gesellschaften der Entwicklungsländer. Im Gegenteil, auf ihrer Plackerei gründet ja der Wohlstand der Eliten in der Mehrzahl der Länder der Dritten Welt. - Eliten, die nicht grundlos "parasitär" genannt werden (und diese Bezeichnung vielfach auch dort verdienen, wo sie inzwischen ins Bankgeschäft, in den Großhandel, ins Industriemanagement oder gehobene Dienstleistungsberufe eingestiegen sind).

---

1) Die Restbestände von Indianergesellschaften in den Anden, dem Amazonas-Gebiet oder Yucatans usw. mögen von dieser Feststellung ausgenommen sein. Auf diese zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallenden Bevölkerungsgruppen mag die Bezeichnung "marginal" zutreffend angewandt sein.

Die sogenannte "marginale" Bevölkerung aus dem gesamtgesellschaftlichen Herrschaftssystem, oder spezieller gesagt : aus den wirtschaftlichen Ausbeutungsbezügen herauszunehmen, kann in analytischer Konsequenz nichts anderes bedeuten, als das Problem des Massenelends in Lateinamerika, Afrika, Asien auf ein Mentalitätsproblem zu reduzieren (Dams' Stichwort : "kulturell soziologischer Dualismus"), soweit man soziologisch argumentiert oder auf das Problem des Fehlens integrierter Binnenmärkte (Dams' Stichwort : "ökonomischer Dualismus"), soweit man ökonomisch argumentiert.
So geschieht es auch explizit bei Th. Dams.
Die wohlbekannte Traditionalismus-These, um die sich vor allem R. Behrendt so verdient gemacht hat, stolziert in neuem Gewande einher : In diesem Sinne werden in bezug auf die ländlichen und städtischen Massen Fatalismus, Familismus, unvollkommenes Weltverständnis, Egalismus, mangelhafte Kooperationsbereitschaft, lack of deferred gratification und Ähnliches als die typischen Marginalitäts- oder "Subkultur"-Symptome diagnostiziert. Als Ursache, Folge oder in Interdependenz dazu - Dams kann sich für keine dieser logischen Beziehungen entscheiden, sondern deutet mal diese mal jene an - findet sich "ein System unzusammenhängender, desintegrierter Märkte" oder Wirtschaftskreisläufe, wobei gewissermaßen jede Subkultur oder jede marginale Bevölkerungsgruppe ihren eigenen Markt hat mit einer gegenüber anderen Märkten des Landes - insbesondere den Märkten der entwickelten Regionen - differierenden Preisbildung für Waren, Arbeit und Dienstleistungen.

Wenn Unterentwicklung oder Marginalität (Dams gebraucht diese Ausdrücke synonym) ein Mentalitätsproblem oder ein Problem der Schaffung größerer Markttransparenz ist, sind die Weichen für eine "erfolgreiche" Entwicklungspolitik eindeutig gestellt : die Überwindung von Marginalität wird primär zu einer pädagogischen und administrativen Aufgabe. Die Praktiker der Entwicklungspolitik sorgen für die Bildungs- oder know how-Impulse, die die marginalen ländlichen und städtischen Massen zu "Mentalitätsänderungen" bewegen (und auf diese Weise aus ihrem Traditionalismus herausführen) und der Staat schafft über infrastrukturelle Verbesserungen einen einheitlichen Binnenmarkt und öffnet damit den marginalen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, zu gerechten Preisen zu kaufen und zu verkaufen bzw. zu gerechten Löhnen Arbeit und Dienstleistungen anzubieten und in Anspruch zu nehmen. Auch das zeichnet sich als die praktische Konsequenz aus der oben zitierten Begriffsbestimmung von "Marginalität" in Dams' Argumentation deutlich ab.

Dams jedoch auf beide Konsequenzen, der analytischen wie der praktischen eindeutig festzunageln, hieße ihn zugleich zu wohlwollend wie zu unfair kritisieren. Zum einen entbehren seine Ausführungen viel zu sehr dieser Art von logischer Stringenz und zum anderen ist er klarsichtig und ehrlich genug, den von der Traditionalismus-These ausgeschlossenen Herrschafts- und Ausbeutungsaspekt nicht ganz unerwähnt zu lassen, auch wenn er sich hierbei ungeheuer schwer tut[1] und in einer zwar im Hinblick auf seine Stellung in der deutschen Entwicklungspolitik verständlichen, aber objektiv unzulässigen Zurückhaltung argumentiert : So spricht er z.B. von der "Diskriminierung von großen Bevölkerungsteilen in bestehenden

---

1) und auch schwer tun muß, denn mit dem Begriff Marginalität wirft er sich gewissermaßen selbst immer wieder einen Knüppel zwischen die Beine.

Gesellschaftssystemen (der Entwicklungsländer)" und von "gegensätzlichen Interessen einzelner Gruppen" oder vom "Behauptungsinteresse der Oberschichten" oder von der "einseitigen Einflußnahme auf Preise und Mengen einzelner Teilnehmer (Großbetriebe, Zwischenhandel) mit großer Marktmacht" oder von "der Entzugswirkung auf die peripheren Gebiete, weil der größte Teil ihrer relativ geringen Geldeinkommen in den wirtschaftsstärkeren Regionen ausgegeben wird."
Tatsächlich fügt sich in solchen Thesen das Phänomen Herrschaft wieder zu dem politischer und sozialer Unterprivilegierung und das Phänomen Ausbeutung zu dem wirtschaftlicher Unterentwicklung.
Eine eindeutig kausale Beziehung, an der durchgängig festgehalten wird, vermag Dams aber, nachdem er die Gesellschaften der Entwicklungsländer mit der einleitenden Definition und Explizierung des Begriffs Marginalität zunächst auseinander dividiert hat, zwischen jenen Faktoren nicht mehr herzustellen. Mit dem Begriff Marginalität hat er sich eine Denkbarriere gesetzt, die er im weiteren nicht zu überwinden vermag.

Entsprechend dieser peripheren ("marginalen") Behandlung des Herrschaftsproblems in Dams Analyse, klingt in dem, was er als Strategie der Entwicklungspolitik aufzäumen will - nämlich die Initiierung und Förderung von Selbsthilfegruppen - das Problem des Widerstandes, der von etablierten Bevölkerungsgruppen geleistet werden könnte, ebenfalls nur schwach an. Gerade aber in bezug auf den lateinamerikanischen Kontinent hätte dieser Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen. Die in den meisten dieser Länder existierenden Machtverhältnisse als eine die Chance von Selbsthilfegruppen ganz entscheidend determinierende Variable zu vernachlässigen, heißt hier wirklich, die Rechnung ohne den Wirt zu machen. Dabei allerdings vorausgesetzt, man beschränkt den Wirkungsbereich von Selbsthilfegruppen nicht nur auf den gemeinschaftlichen Bau von Abwässeranlagen, die Einrichtung von Grundschulen oder die Erstellung anderer Gemeinschaftseinrichtungen (so notwendig übrigens zur Linderung des größten Elends derartige Projekte sind).
Aber Dams ist weit ehrgeiziger. Es geht ihm ja um eine "promotion popular", um eine Selbsthilfe-Volksbewegung, in deren Verlauf es zu einer "radikalen und totalen Änderung" der Lage der Bevölkerung kommen soll. Hiermit serviert Dams seine in den technischen Einzelheiten sicherlich interessanten Selbsthilfemodelle direkt als Alternative zur Revolution in Lateinamerika. Ich meine aber, daß die von Dams angebotenen Selbsthilfemodelle für Länder wie Ecuador, Venezuela, Brasilien, Paraguay usw. nicht realistisch als Alternative zur Revolution diskutiert werden können und dies nicht, weil die Idee der Selbsthilfegruppen als solche unsinnig ist, sondern weil ihre Realisierung die Revolution oder einen gesellschaftlich relevanten Regierungswechsel auf formal-demokratischem Wege, wie er in Chile zu beobachten war, direkt zur Vorbedingung macht.

siba

SÜDAMERIKA

KENNER der wirtschaftlichen und politischen Lage der Länder im südlichen und pazifischen Teil Südamerikas, guter Prognostiker und Verhandler mit ausgezeichneten Beziehungen zu politisch und wirtschaftlich entscheidenden Persönlichkeiten und Banken

bietet sich an zur Verteidigung bestehender Interessen, Aufbau neuer Filialpositionen durch Markt- und Finanzanalysen; Planung, Produktenstrategie, Budgetaufstellung, Verhandlung von Steuerprivilegien, staatliche Ausschreibungen, lokale Kreditbeschaffung, Infrastrukturpläne, Rechtsfragen usw.

sucht Position informativer Art zur Überwachung des Finanzverkehrs, ohne direkte Betätigung auf kommerziellem oder Fertigungsgebiet. Absolute Zuverlässigkeit und beste Referenzen gewährleistet.

Anfragen erb. u. PD 34 354 an WELT-Verlag, 2 Hamburg 36, Postf.

Aus : Die Welt, vom 23.1.71

Die Beziehungen zwischen STAAT und KIRCHE in den portugiesischen Kolonien [1)]

Von einer Arbeitsgruppe von Exilportugiesen

Die Arbeitsgruppe von in Frankreich lebenden Portugiesen, der wir die folgende Dokumentation verdanken, machte schon im November 1970 von sich reden, als sie einen von 700 Exilportugiesen unterzeichneten offenen Brief zu Fragen der portugiesischen Kolonialpolitik an den Ministerpräsidenten in Lissabon schickte. Aus der vorliegenden Dokumentation dürfte erhellen, daß die Rolle der Kirche bei der Rechtfertigung dieser Kolonialpolitik zu den Schlüsselfragen dieses Problems gehört.

Unsere Gruppe hat sich zum Ziel gesetzt, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in den portugiesischen Kolonien zu analysieren.

Sobald man dieses verwickelte Thema anschlägt, sieht man auf der einen Seite die Institution des Staates, seine innere Organisation und seine Beziehungen zum Ausland vor sich, auf der anderen Seite hingegen die Kirche, Institution von internationaler Dimension, Stil und Lebensweise je nach Land und Leuten modifizierend.

Die Komplexität steigert sich dadurch, daß wir nicht die Institutionen gesondert untersuchen wollen, sondern ihr Verhältnis zueinander.

Im Übrigen: Beide spielen eine sehr wichtige Rolle auf der Weltbühne: Die Kirche auf Grund ihrer Ideologie, ihrer Verwurzelung, ihrer Stellungnahmen mitsamt den daraus resultierenden Reaktionen, der portugiesische Staat auf Grund seines Regimes, seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, seiner Präsenz in Afrika und seiner internationalen Beziehungen.

Zeit und Quellen, über die wir verfügen, stimmen mit dem Reichtum des Gegenstandes nicht überein - so sehen wir uns gezwungen, aus einem besonderen Blickwinkel an dieses Problem heranzugehen, um eine Analyse zu bieten, die in ihrer Begrenztheit dennoch eine Einheit darstellt.

---

1) Abdruck aus: idoc international, Dokumentation 10, Januar 1971, S. 5 - 12

Dieser besondere Gesichtspunkt ist der privilegierte Charakter der Beziehung, wie sie de facto zwischen Kirche und Staat bezüglich des Problems der portugiesischen Kolonien besteht. Was wir darunter verstehen, werden wir später definieren. Der Vorteil dieser besonderen Blickrichtung ist es, daß er in sich selber bezeichnend ist für die Komplexität der Lage: das zwingt uns, bei der folgenden Untersuchung diese verwickelten Verhältnisse nicht aus den Augen zu verlieren.

Quellen :

Vorliegende Dokumentation setzt sich aus vier Arten von Dokumenten zusammen.

1. Offizielle Dokumente: verschiedene staatliche und kirchlich-hierarchische Erklärungen, z.B. politische Erklärungen von Salazar oder Caetano oder Hirtenbriefe usw.

2. Verschiedene oft kritische Standpunkte einnehmende Artikel in Zeitschriften, z.B. Informations Catholiques Internationales, Portugal em Africa, Frères du monde.

3. Bücher und Broschüren, z.B. "Le Portugal dans le monde" von Marcotte, "Les Eglises chrétiennes et la décolonisation", ebenso eine Gemeinschaftsarbeit wie die von den Befreiungsbewegungen veröffentlichten Broschüren.

4. Verschiedene Zeitungsausschnitte, Material unterschiedlicher Herkunft aus Archiven. (Das Zentrum für religiöse Soziologie ist im Begriff, diese Archive, die das Material über das Phänomen der Kolonisation enthalten sollen, aufzubauen.)

Zwei Bemerkungen zu dieser Dokumentation

1. Über ganz spezifische Bereiche fehlt Information (z.B. neuere Statistiken über die Lage der verschiedenen sozialen Schichten). Wir sind allgemein auf große Schwierigkeiten gestoßen, Material zu finden, das nicht nur über Grundsatzerklärungen informiert, sondern ein deutliches Bild der konkreten Situation wiedergibt.

2. Bei den Veröffentlichungen nicht-portugiesischer Sprache, die wir herangezogen haben, beobachtet man allgemein, daß in Zeitschriftenartikeln der Tatsache der Kolonialisierung gegenüber im allgemeinen ein kritischer Standpunkt bezogen wird, während Buchautoren zum Teil kritisch, zum Teil aber auch vorbehaltlos positiv eingestellt sind.

Arbeitshypothese

Im Laufe der (immer freundschaftlichen) Diskussionen innerhalb der Gruppe hat man die verschiedenen Probleme, die uns die Starthypothese liefern konnte, in zwei Kategorien eingeteilt:

1. Probleme, die die Beziehung zur Autorität betreffen, ihre Ausübung, Funktionen, Erscheinungsweisen im Inneren der Kircheninstitution in den Kolonien.

2. Probleme der Unabhängigkeit der Kirche in ihrer Beziehung zum Staat, ihrem Dienst und ihrer selbständigen Aktion.

Von der Diskussion dieser Probleme ausgehend stellte man sich die Aufgabe, eine Hypothese aufzustellen, die den beiden Institutionen Kirche und Staat gleichermaßen gerecht wurde. Hier der hypothetische Lösungsversuch:

Zwei Institutionen, die privilegierte Beziehungen zueinander festsetzen, neigen dazu, sich gegenseitig ihres Wertsystems zu bemächtigen.

Leitgedanken

Um zu definieren, was wir unter privilegierten Beziehungen verstehen, beziehen wir uns auf drei Dokumente: den Missionsvertrag und das Missionsstatut als Hauptquellen, die das Verhältnis Kirche - Staat in den Kolonien direkt behandeln, und das Konkordat, das das gleiche Verhältnis in Portugal definiert, aber naturgemäß die Lage in den Kolonien berührt.

Auf der Basis dieser drei Texte erkennen wir, daß diese "privilegierten Beziehungen" von folgenden Tatsachen herrühren:

1. <u>Von einem offiziell anerkannten und aufgezwungenen Zusammenfallen der Verwaltungsgrenzen:</u>

"Die Diözesangrenzen sind so gelegt, daß sie den Verwaltungsgrenzen des Staates entsprechen.

2. <u>Von der gegenseitigen Überwachung und Kontrolle der beiden Institutionen:</u>

a) "Die Prälaten müssen der Regierung einen Bericht über ihre Tätigkeit sowie über jede ihnen zugehende Information vorlegen."

b) "Die Seminare müssen die Lehrbücher mit Ausnahme von denen für Philosophie und Theologie dem Staat zur Genehmigung vorlegen."

c) "Die Diözesen und religiösen Gemeinden müssen einen Vertreter für die Regierung in Übereinkunft mit dem Ministerium der Kolonien ernennen."

d) "Die Ernennung der Bischöfe und Erzbischöfe muß der Regierung vorgelegt werden."

e) "Die Bischöfe, Erzbischöfe, Leiter und Superioren der religiösen Institutionen und Gemeinschaften müssen Portugiesen sein."

f) "Das (der Kirche anvertraute) Schulwesen muß sich nach den von der politischen Verfassung aufgestellten Lehrnormen richten und soll im wesentlichen nationalistisch und praktisch sein."

3. <u>Von der Definierung des Statuts einer Institution durch die andere:</u>

a) "Die katholischen Missionen werden hauptsächlich auf zivilatorischem Gebiet als Institutionen von höchstem Nutzen betrachtet".

b) "Missionare sind keine Staatsbeamten, sondern Personen im Sonderdienst zum nationalen und zivilisatorischen Nutzen."

4. <u>Von der finanziellen Abhängigkeit:</u>

a) "Die Geldsubventionen für die Bischöfe und Missionare fallen zu Lasten des Budgets der Provinzen."

b) "Das Missionspersonal hat Anspruch auf Reisezulagen."

c) "Die Kirche zahlt keine Steuern für Kirchen, Seminare usw."

HISTORISCHER ÜBERBLICK

Die Dokumente, die verwendet wurden, um das Konzept der "privilegierten Beziehungen" zu definieren, stammen aus den Jahren 194o - 1941 und bilden das Ende einer langen historischen Entwicklung.

Zum Verständnis der Rolle des kolonialen Faktors in Portugal halten wir es für geboten, die kennzeichnenden Tatsachen dieser Entwicklung in großen Zügen wiederzugeben.

Im Jahre 1415 realisierte Portugal mit der Eroberung Ceutas einen ersten kolonialen Akt der Expansion. Gleichzeitig entstanden sehr enge Bindungen zwischen der Kirche und der Kolonialverwaltung, Bindungen, die sich bis ins 16. Jahrhundert ständig weiterentwickeln.

So könnte man als Beispiel den "Padroado" (= Patronatsrecht) nennen, den der Papst dem "Christusorden" gewährte, dessen Verwalter der Infant Heinrich der Seefahrer war. Der Papst gab damit dem Souverän das ausschließliche Recht auf Eroberung, Handel und Sklaverei.

156o wurde Angola wichtigstes Interessenzentrum für die Krone, Sklavenhändler und Jesuiten. Die Händler unternahmen Kriegsexpeditionen ins Innere Afrikas und organisierten mit den Schiffen der Gesellschaft Jesu die Überfahrt der Sklaven nach Brasilien. "Sie rechtfertigten die Sklaverei unter dem Vorwand der Bekehrung ...: Die beste Art, die Schwarzen zu bekehren, sei, sie zu verkaufen, damit sie so durch die Würde der Arbeit auf den amerikanischen Plantagen Zugang zum Christentum fänden."

(Vgl. "L'Eglise Chrétienne et la Colonisation", S. 468).

Diese Ideologie der "Ausbreitung des Glaubens und des Imperiums" erlaubte dem Bischof von Luanda noch im 19. Jahrhundert, in den Häfen dieser Stadt Kollektivtaufen vorzunehmen, die sogenannte "Freiheitstaufe".

Auf eine Periode kolonisatorischer Expansion folgte eine Periode des Rückgangs zugunsten Spaniens, ausgenommen in Brasilien. Der Rückgang der Missionen läuft parallel und wird im 18. Jahrhundert besonders deutlich. Die Gründe hierfür sind der Widerstand der afrikanischen Kulturen, das schwache Durchdringen bis ins Innere des Landes. Durch die Vertreibung der Jesuiten aus Portugal 1759 und die Auflösung der religiösen Orden 1834 wurde die Situation noch schwieriger. Es kam soweit, daß Mozambique im Jahre 1825 nur 1o Priester und Angola im Jahre 1854 nur 5 Priester zählte.

Gegen 184o begann die dritte Phase des Kolonialismus, gekennzeichnet durch die "Rückkehr zum traditionellen, klerikalen und autoritären Portugal: Wiedereinsetzung der Missionare, Wiederherstellung der religiösen Orden. Seitdem stellte man ein zumindest stillschweigendes Übereinkommen zwischen Kirche und Staat fest, dessen Fortdauer indessen im Jahre 1911 durch das Gesetz der Trennung von Staat und Kirche bedroht wurde. Diese Krise war von kurzer Dauer, mit der Machtübernahme durch den von der Kirche unterstützten Salazar wurde sie gänzlich überwunden. Seither einigte man sich gegenseitig auf Kompromisse, die direkt zum Konkordat führten. Die Kirche liefert die Ideologie und muß die politische Richtung des Salazar-Regimes akzeptieren.

ÄUßERUNGEN ZUM KONKORDAT

a) Kardinal de Cerejeira: "Wer die Zuspitzung des kolonialen Problems an sich erfahren hat, die sich zur Zeit auf internationaler Ebene abspielt, und wer sich als Christ der Verantwortung für das Heil der Eingeborenen bewußt ist, die, wie man im 16. Jahrhundert sagte, für Christus und für seine Kirche erobert werden müssen, der kann die Tragweite des Missionsabkommens 'Zur Ausbreitung des Glaubens und des Imperiums' in Übersee ermessen." (Vgl."Informations Catholiques Internationales", Juli 1961, S. 2o.)

b) "Obwohl im 15. und 16. Jahrhundert missionarische Bestrebungen im Gange waren, begann man erst 194o mit der Unterzeichnung des Konkordats und des Missionsabkommens, offen und entschieden an ihrer tatsächlichen Verwirklichung zu arbeiten; in einigen Jahren wird man endgültig das Ende der ersten Phase des grandiosen Christianisierungsplans erreicht haben: die religiöse Besetzung." (P. Silva Rego in "Liçoes de misionologia", S. 342 - 343.)

c) "Portugal kann so an seine schönen Traditionen als tieftreue Nation neuanknüpfen und - wie in den Tagen, da es dem kleinen lusitanischen Hause nicht an christlichem Mute fehlte, das Gesetz des ewigen Lebens zu propagieren - seinen ruhmreichen Weg als Kreuzritter- und Missionsvolk fortsetzen." (Pius XII. am 3. November 1942.)

EINIGE CHARAKTERISTIKA DER GEGENWÄRTIGEN LAGE IN DEN KOLONIEN

A. Die Soziale Lage

In Angola leben:

350 000 Europäer (davon 7o ooo portugiesische Soldaten)
4 75o ooo Afrikaner

In Mozambique steht die Minorität von

163 119 Ausländern der Majorität von
6 429 875 Eingeborenen gegenüber.

Die Weißen ballen sich hauptsächlich in den Städten, während die Eingeborenen zu nur zehn Prozent (zum Beispiel in Angola) in den Städten leben. Die Weißen ziehen sicherere Vorteile aus ihrer privilegierten Stellung in den Städten (Beamte, Angestellte) und auch aus ihren Löhnen; im Gegensatz zu den Schwarzen, die hauptsächlich Landarbeiter sind.

Lebensstandard und Löhne

In Mozambique z.B. verdienen:

Weiße	ungelernt, pro Tag 1oo Escudos	Min.
Mulatten	ungelernt, pro Tag 7o Escudos	Max.
Afrikaner, durchschnittliche Ausbildung	pro Tag 30 Escudos	Max.
Afrikaner, ungelernt	pro Tag 5 Escudos	Max.

Demnach versteht man gut, daß Vorzüge wie Krankenpflege und Ärzte (auch diese findet man fast nur in den Städten), Schulen und der Konsum von Luxusgütern nur den Weißen vorbehalten bleiben.

Bevölkerung

Die Bevölkerung besteht aus portugiesischen Staatsbürgern, Eingegliederten ("assimilados") und Eingeborenen.

Portugiesische Staatsbürger sind Portugiesen und Mulatten: sie genießen alle Rechte. "Eingegliederte" nennen wir die Eingeborenen,

die im Besitz einer Identitätskarte sind. Um diese Karte zu erhalten, müssen sie: lesen und schreiben können, afrikanische Sitten ablegen, die Genehmigung der Verwaltungsbehörde haben, die die Bewilligung der Staatsbürgerschaft willkürlich verweigern kann.

Ausbildung

Bildungsweg: Elementarschulbildung (Dauer: 4 Jahre). Höhere Schulbildung: dazu ist eine Zulassungsprüfung erforderlich, die das Kind bis zum 13. Lebensjahr bestanden haben muß - das gelingt nur den Wenigsten! Nur die technische Schulbildung hat eine Zulassungsgrenze bis zum 17. Lebensjahr. Hochschulbildung: Nicht vorhanden oder dürftig.

Den Eingeborenen wird praktisch nur die Möglichkeit der Elementarschulbildung gegeben. Katholische Missionare leiten diese Schulen entsprechend dem Abkommen (1940) mit dem Heiligen Stuhl. Es gelingt den Afrikanern praktisch nie, die "Eingliederungs"Studien vor dem 13. Lebensjahr abzuschließen - verbringen sie zumeist doch den größeren Teil ihres Tages in Feld und Werkstatt und nicht in der Schule. Daraus resultiert ein sehr hoher Prozentsatz von Analphabeten: 99% in Angola. Darüberhinaus fehlen Schulen und Lehrer. Beispiel: in Mozambique gibt es drei Gymnasien.

Sozialpolitik

'Die Siedler': darunter versteht man die Emigranten, die vom Kolonialstaat direkte Zuwendungen für ihre Niederlassungen, landwirtschaftliche Siedlungen, bekommen, Siedlungen, in denen fruchtbarste Böden ausgebeutet werden: "Die Portugiesen sollen sich in Angola wie zuhause fühlen".

Die Siedler also erhalten fruchtbarstes Land und darüber hinaus während der ersten zwei Jahre eine monatliche Subvention von 4 ooo Escudos, "da die Weißen einen anderen Lebensstandard als die Schwarzen haben". Fast das gesamte Budget des sogenannten "Entwicklungsplans" ist für derartige Siedlungen bestimmt.

Die "contradados": das sind vom Kolonialstaat angestellte Zwangsarbeiter - mit ihrer Hilfe überlebt der Staat. Er könnte ohne ihre Hilfe (diese contratados verdienen 3oo Eskudos im Monat!) sein System intensivster Monokultur nicht aufrechterhalten. Die contratados werden aus ihrer Heimat in andere Gebiete deportiert.

Es gibt noch Schlimmeres: die "verkauften" Arbeiter. Man verkauft sie an Südafrika oder an Südrhodesien. Der Preis für diese Arbeit wird in Devisen an den portugiesischen Staat bezahlt, der den Arbeitern davon nur einen lächerlich geringen Teil zukommen läßt.

B. Die wirtschaftliche Lage in den Kolonien

Die Schwäche Portugals bedingt die Formen seiner Präsenz in den Kolonien und die zur Verfügung gestellten Mittel für die Entwicklung dieser Gebiete.

Agrarwirtschaft

Gleiche Ausbeutung wie im Mutterlande: der Großteil der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft: entweder für die großen portugiesischen Agrargesellschaften, die die fruchtbarsten Böden für sich in

Anspruch genommen haben, oder in kleinen Betrieben. Ein Beispiel: In Angola arbeiten 88,7% der Eingeborenen in der Landwirtschaft, und doch repräsentiert diese nur 28% des Bruttosozialprodukts.

Der Kolonialstaat praktiziert in allen Kolonien ein System der Monokultur: Kaffee in Angola, Kokosnüsse in Mozambique. Dieses System schwächt die Kapazität des Landes auf der einen Seite, ermöglicht indessen auf der anderen Seite einen höchst rentablen Absatz für die Exportproduktion.

Industrie

Verarbeitende Industrie (ausgenommen Stahlverarbeitung und Uran für die USA) existiert praktisch nicht. Da Portugal weder über Kapital noch notwendige Techniken verfügt, um seinen Reichtum an Bodenschätzen ausnützen zu können, wurde es sehr häufig gezwungen, sie an große ausländische Monopolgesellschaften gegen eine Abfindungssumme abzutreten.

Kommunikationsmittel

Portugal hat in seinen Kolonien ein sehr wenig entwickeltes Straßen- und Eisenbahnnetz, ausgenommen die Netze, die die großen Produktionszentren mit den Häfen verbinden.Die übrigen Städte sind nicht miteinander verbunden, wiederum ein Zeichen dafür, daß Portugal diese Länder ausbeutet, ohne etwas für sie zu tun.

Banken und Währung

Die portugiesischen Banken sind im allgemeinen durch Auslandskapital gedeckt, so z.B. die "Banco Nacional Ultramarino", Bank für die Kolonien, die ein Kapital von 1 2oo Millionen Escudos besitzt, das größtenteils von der "Société Générale des Banques de Belgique" gedeckt ist.

Schlußfolgerung

Der Überblick zeigt, dass Portugal nicht, wie es oft erklärt, die Rolle eines Zivilisators und Katalysators der wirtschaftlichen Entwicklung bekleidet, sondern im Gegenteil die Reichtümer der Kolonien zu seinem eigenen Profit vergeudet. Seine Präsenz in den Kolonien erklärt sich aus seinem Interesse, sich den wichtigen Beitrag, den sie zu seiner Zahlungsbilanz und zu seinem Währungsgleichgewicht leisten, zu erhalten. Der aus den Kolonien gezogene Profit reguliert die drohende Baisse der Profitsätze des Mutterlandes.

Außerdem verleihen die Bodenschätze und die strategische Position der portugiesischen Kolonien dem Staat Portugal mehr Gewicht bei Verhandlungen mit Monopolgesellschaften und im Gespräch mit ausländischen Mächten oder Organisationen.

Das Salazar-Regime hat oft erklärt: "Angola ist eine portugiesische Schöpfung, es existiert nicht ohne Portugal; Mozambique ist nur deshalb Mozambique, weil es zu Portugal gehört!" Müßte man nicht eher zugeben: "Portugal ohne seine Kolonien ist nicht mehr Portugal"?

Prüfung der Hypothese

Wir schlagen zwei Wege ein: zunächst betrachten wir die verschiedenen Sektoren, wo eine geradezu frappierende "Koinzidenz" gewisser Wertvorstellungen zu finden ist; anschließend befassen wir uns noch unmittelbarer mit der Hypothese, wobei wir uns auf die Analyse gewisser Erklärungen stützen.

ERSTER ZUGANG

1. Unterricht

a) Einstellung der Regierung

Die Optik der Regierung sieht den adaptierten Afrikaner vor sich - seine Ausbildung soll "von besonderer Art, rudimentär, ländlich und eingeborenengemäß " sein - man will aus ihm nichts als einen guten Landarbeiter oder einen guten Handwerker machen.

b) Einstellung der Kirche

Sie schließt sich dieser vom Staat festgelegten Erziehungsweise an. Dessen ungeachtet verzeichnet sie eine "offensichtliche" Apathie im Eingeborenenbildungswesen, die sie mit fehlenden Richtlinien für didaktisches Material und mit dem Lehrermangel zu erkären versucht. Die Lösung, die sie im Auge hat, läßt sie eine noch engere Zusammenarbeit mit dem Staat willkommen heißen. (Vgl. Silva Rego und die Erklärung der Bischöfe von Malongo und Angola.)

c) Folgen

Die Erziehungspolitik des Staates zeigt deutlich, daß dieser nie dazu bereit sein wird, die finanziellen oder didaktischen Bedingungen für das Schulwesen zu verbessern.

Da auf der anderen Seite die Kirche sich hinter die traditionelle kolonialistische Eingliederungspolitik stellt, wird es für sie unmöglich, afrikanische Kader (zum Beispiel Grundschullehrer) auszubilden. Dies verstärkt den status quo, d.h. die oben genannte Koinzidenz. Zwei Zahlen veranschaulichen die Ergebnisse dieser Koinzidenz aufs beste: die "Nicht-Zivilisierten" sind zu 99% Analphabeten; nur o,3% sind Eingegliederte, denen allein man die Bürgerrechte zuerkennt.

2. Sozialpolitik

a) Einstellung des Staates

Wie wir schon gesehen haben, ist eine der Ursachen für die oben beschriebene Lage die Existenz der Zwangsarbeit: mit seiner Sozialpolitik findet der Staat immer die Arbeitskräfte, die er braucht, und dies auf Grund der kulturellen Unterentwicklung.

b) Einstellung der Kirche

Zu diesem Problem äußert sich die Kirche in einem Brief des portugiesischen Episkopats von 1958 folgendermaßen: " ... Was die Arbeiten zum Nutzen der Allgemeinheit betreffen, so ist alles in angemessener Weise durch christliche und human inspirierte Gesetze geregelt ..." Diese Arbeiten zum Nutzen der Allgemeinheit bestehen im Bau von Straßen, Staudämmen und Bergwerken; dort findet man die Zwangsarbeiter (nach den offiziellen Statistiken waren es 1954 für Angola 379 ooo Zwangsarbeiter und 4oo ooo "freiwillige" Arbeiter.)

Diese Kollektiverklärung wird um eine Nuance gemildert durch die Bitte von Msgr. Soares de Resenda, die Zwangsarbeiter nicht länger als sechs Monate von ihren Familien fernzuhalten.

3. Kampf um Unabhängigkeit

a) Einstellung des Staates

Nicht zu zählen sind die Regierungserklärungen, in denen der feste Wille zum Ausdruck kommt, die kolonisatorische Politik unter dem Vorwand fortzusetzen, die Integrität des nationalen Territoriums zu schützen. Dieser Wille wird durch die Tatsache bestätigt, daß der portugiesische Staat im Augenblick in seinen Kolonien 200 000 Soldaten stationiert hat; dazu kommt noch die Miliz der Siedler.

Die Ausgaben für militärische Zwecke verschlingen fast 50% des portugiesischen Budgets.

b) Einstellung der Kirche

1. Im Jahre 1961 richtete der Erzbischof von Lourenço Marques an seine lieben Brüder in Mozambique durch einen Hirtenbrief, der in allen Pfarreien, Kirchen und Missionen zu lesen war, folgende Aufforderung: "Laßt Euch nicht von Phantasien oder von schlechten Ratgebern dazu verleiten, an Träume von Unabhängigkeit oder Utopien von wirtschaftlichem und kulturellem Wohlergehen zu glauben."

2. Im Dezember 1961 anläßlich der Eroberung Goas durch die Inder und der Weigerung des Militärs, die Verteidigung bis aufs letzte zu leisten, wie Salazar ihnen befohlen hatte, wird in einem Hirtenbrief des portugiesischen Episkopats bedauert: " ... einen Großteil unserer Jugend so ohne jeden heroischen Ehrgeiz zu sehen. Wir möchten sie immer singend sehen, mit leuchtenden Augen, eine reine, starke, frohe Jugend zu Diensten der großen Ideale, für die zu sterben gut ist, die Avantgarde Portugals, das sich bereitmacht zu seinem Auftrag, jetzt das Land zu erneuern, es groß zu machen und der christlichen Zivilisation in Übersee zur Blüte zu verhelfen ... "

c) Schlußfolgerung

eine deutliche Koinzidenz der Einstellung von Kirche und Staat gegenüber der Unabhängigkeitsbewegung.

4. Die Gleichheit der Bürger

a) Einstellung des Staates.

Wenn die salazaristische Regierung sich auch prinzipiell dagegen verwahrt, rassistisch zu sein und Portugal als Beispiel für Rassenintegrieung zitiert, so muß man doch in ihren Erklärungen Zweideutigkeit, wenn nicht Widerspruch feststellen.

In einem Interview mit "l'Aurore" im September 1964 sagte Salazar: "Man war lange Zeit der Meinung, ein Weißer könne überall durch Schwarze ersetzt werden. Das ist jedoch nicht wahr. Die Weißen allein sind fähig, eine Aktion zu planen, eine Arbeit zu organisieren ... Möge man mich nicht als Rassisten einstufen, weil ich sage, daß die Schwarzen nicht die gleichen Fähigkeiten haben wie die Weißen. Diese Feststellung ist die Frucht einer Erfahrung!"

b) Stellung der Kirche

Wir haben keine ausdrücklichen Erklärungen zum Rassenproblem gefunden, stellen jedoch gewisse Tendenzen fest:

■ Die Strategie in der Auswahl ihrer Amtsträger: In den jetzigen Kolonien gab es niemals einen schwarzen Bischof. In einem Zeitraum von 1oo Jahren empfingen am Seminar von Luanda 54 afrikanische Priester die Priesterweihe. Im Jahre 196o zählte man in Angola nur 64 afrikanische Priester. Die Kirche schweigt fast insgesamt, statt die Verteidigung der inhaftierten, gefolterten oder des Landes verwiesenen Priester zu ergreifen, Priester, die in der Mehrzahl Schwarze sind.

■ Die Beziehungen zu den Protestanten: Im Jahre 1919 klagt der portugiesische Klerus von Mozambique patriotisch alarmiert " die zersetzende Aktion der ausländischen (protestantischen) Missionen" an. Dieser Alarmruf wird 1961 von P. Silva Rego wiederholt, der sagte, daß "wenn die gegenwärtige Lage anhalte ... die portugiesisch-afrikanische Elite von morgen protestantisch inspiriert sein werde, was eine politische Gefahr darstelle". Diese verhältnismäßig blühenden Missionen in Angola und Mozambique wurden 1961 zu Beginn des Unabhängigkeitskrieges blutig unterdrückt. Afrikanische Katechisten und Pastoren wurden massakriert, und zwar so gründlich, daß die Aktivität dieser Mission seither erloschen ist.

ZWEITER ZUGANG

An Hand einiger Erklärungen versuchen wir, den Prozeß der Anpassung der Wertvorstellungen zu definieren.

1. Erklärung Salazars:

"Das andere Problem, das zu lösen war, und das man im Missionsabkommen besonders hervorhob, ist das der religiösen Organisation im überseeischen Portugal. Worum geht es? Ganz einfach darum, das politische Werk des Kolonialaktes zu vollenden, indem man es als spirituellen Besitz bestätigt, und indem man das missionarische Werk verstaatlicht, das sich so endgültig in die kolonisatorische Aktion integriert."

Wir sehen hier ein Vorgehen in drei Phasen:

1. Die Kirche sanktioniert den kolonial-politischen Akt.
2. Als Antwort darauf werden dem missionarischen Werk alle Rechte zuerkannt.
3. Daraus ergibt sich ein beständiger Austausch gegenseitiger Unterstützung bei der Integration.

2. Verlautbarung über das Erziehungswesen

"Die Idee des portugiesischen Vaterlandes ... muß sich im Geist der Schulkinder festigen ... wir haben ihnen eine schöne Geschichte zu erzählen, nämlich die einer Nation, die neue Welten entdeckte; die sich ohne Vorurteile mit allen Rassen vermischte, mit dem einzigen Ziel, ihre Brüder in Jesus Christus zu schützen, ihnen die Hand zu geben und sie ihren primitiven Gewohnheiten zu entreißen, um sie zum Licht des Glaubens und der Zivilisation zu führen."

Das bedeutet:

Rechtfertigung der kolonisatorischen Aktion durch die Angleichung der christlichen Werte.

3. Erklärung der portugiesischen Bischöfe 1961:

"Die Ausdehnung des portugiesischen Vaterlandes in den verschiedenen Weltteilen gehorchte einem Ideal brüderlicher Menschengemeinschaft in christlicher Zivilisation. Zu der Stunde, da der Okzident sein Selbstbewußtsein verloren zu haben scheint ... ist sich Portugal seiner evangelisatorischen und zivilisatorischen Mission bewußt."

Das bedeutet:

1. Vorbehaltlose Annahme einer historischen Tatsache, welche die Kompetenz der Kirche übersteigt, und welche sie im Namen christlicher Werte rechtfertigt.
2. Die Kirche heiligt die doppelte Mission Portugals, ohne die spezifischen Werte beider Institutionen zu unterscheiden. Damit ist eine vollständige Konfusion zwischen den beiden Wertsystemen gegeben.

4. Erklärung des portugiesischen Episkopats anläßlich des Volksaufstandes (1961) in Angola

Man ruft den Gläubigen ins Gedächtnis, "daß Gott uns die Aufgabe anvertraut hat ..., einen großen Teil der Welt zu evangelisieren und zu zivilisieren ... Portugal ist an die Stellung gebunden, für welche die Vorsehung es ausersehen hat, und erduldet ... das Unverständnis nahezu der ganzen Welt. Man macht ihm das Recht auf Präsenz in Afrika streitig ... das Recht, ein zivilisatorisches Werk zu erfüllen".

Msgr. Alvin erklärt, die Gegner des Regimes seien nicht nur Vaterlandsverräter, sondern vor allem Verräter des Herrn und seines Evangeliums.

Das bedeutet eine totale Übernahme der Wertvorstellungen des Staates und gleichzeitige Rechtfertigung der Kolonialisierung durch Legitimierungssysteme der Kirche.

SCHLUßFOLGERUNG UNSERER HYPOTHESE

1. Auf den Ausgangspunkt zurückkommend fassen wir zusammen:

a) der Analyse unserer Dokumentation könnte man die Bestätigung entnehmen, daß die beiden erwähnten Institutionen mit ihrer Wertskala sich einander nähern. Doch sind unsere Dokumentationen so wenig repräsentativ, daß wir vorsichtiger formulieren: "Beide Institutionen tendieren zu einer Annäherung."

b) Wenn wir von Annäherung sprechen, meinen wir die gegenseitige Übernahme von Werten, nicht plumpe Identifikation oder simple Gleichschaltung.

2. Diese Annäherung hat zur Folge:

a) daß die Kirche die zutiefst christlichen Werte nicht wirksam werden läßt, da sie sich zu sehr um diejenigen des Staates kümmern muß. Gleichzeitig verteidigt der Staat, der sich das Vokabular der

Wertvorstellungen der Kirche aneignet, seine eigenen Interessen unter dem Vorwand, die christlichen Werte zu verteidigen.

b) In einer derartigen Situation leidet die Kirche häufig unter einem spürbaren Mangel an Bewegungs - und Ausdrucksfreiheit. Wenn sich z.B. eine Gruppe innerhalb der Kirche gegen das Regime aussprach - auch wenn sie von einem Mitglied des Episkopats unterstützt wurde -, so drohte Salazar mit einer Revision des Konkordats, wenn die Kirche nicht Ordnung in ihren Reihen schaffe.

1958 endete eine solche Konfrontation mit der Desavouierung der Protestierenden und der Verbannung des Bischofs von Porto.

Anschließend fand eine nationale Versöhnungszeremonie statt, die mit einem Te Deum begangen wurde.

INSTITUTIONEN

nachtrag zu :
Suharto in der BRD

BUNDESPRÄSIDIALAMT

53 **BONN 1**, den 25. November 1970
Kaiser-Friedrich-Straße 16
Telefon: (02221) 200 201
(oder über Vermittlung 2001)
Telex: adbpn d 886393

Az.: II/1-6418-4812/69
(Bei Rückfragen bitte angeben)

An die
Aktion Dritte Welt

78 F r e i b u r g
Lorettostraße 20 a

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Bundespräsident hat Ihr Telegramm vom 3.9.1970, in dem Sie sich gegen den Staatsbesuch des indonesischen Präsidenten General Soeharto in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen haben, erhalten. Er hat mich gebeten, Ihnen ausführlich zu antworten und auseinanderzusetzen, aus welchen Gründen er den indonesischen Präsidenten eingeladen hatte.

Indonesien beherbergt mit ca. 120 Mio Einwohnern das fünftgrößte Volk der Erde. Die politische Entwicklung dieses Landes berührt nicht nur die Interessen seiner unmittelbaren Nachbarn, sondern geht auch uns an. In dem Wunsch, weltweit Frieden und Entspannung zu fördern, strebt die Bundesrepublik Deutschland die Zusammenarbeit auch mit solchen Ländern an, deren innerstaatliche Verhältnisse nicht - oder noch nicht - den bei uns gültigen Vorstellungen von einem sozialen Rechtsstaat entsprechen.

Infolge grober Mißwirtschaft unter Präsident Sukarno in wirtschaftliche Bedrängnis geraten und von kommunistischem Terror und Agitation aufs äußerste gereizt, reagierte das indonesische Volk auf den mit der brutalen Ermordung von sechs Generälen eingeleiteten Putschversuch vom 30. September 1965 mit einem schrecklichen Ausbruch lang aufgestauter Haß - und Rachegefühle. Dabei rechneten insbesondere die national und streng religiös eingestellten Moslems mit den Kommunisten und der wirtschaftlich mächtigen chinesischen Minderheit ab. Schätzungen sprechen von ca. 500 000 Toten und 200 000 Verhaftungen.

Hintergrund und Hergang des Putsches waren übrigens Thema einer sehr informativen Sendung der Deutschen Welle, Köln, vom 3. Oktober 1970 (Reihe Asien-Panorama, Titel: Indonesien vor fünf Jahren - Der Putsch der "Bewegung vom 30. September").

Der seinem Präsidenten Sukarno loyal ergebene General Soeharto, der den eigentlichen Putsch innerhalb kurzer Zeit niederschlagen konnte, übernahm allmählich auch die Regierungsverantwortung und ist seither bemüht, Indonesien den Weg zur wirtschaftlichen Gesundung und inneren Versöhnung zu zeigen. Sein Land, in dem das Pro-Kopf-Einkommen 1969 erst 320,-- DM im Jahr betrug, verfügt nicht über die organisatorischen Voraussetzungen, um die gegen die politischen Häftlinge erhobenen Vorwürfe so rasch zu klären, wie dies zu wünschen wäre, so daß nach den letzten offiziellen Angaben leider noch immer 58 000 Menschen auf die Prüfung ihres Falles warten. Ausländische Beobachter bestätigen zudem die Behauptung der indonesischen Behörden, daß die Wiedereingliederung entlassener politischer Häftlinge oft schwierig ist, weil die Dorfgemeinschaften sie nicht wieder aufnehmen wollen. Die indonesische Regierung weiß, daß die Bundesregierung es sehr begrüßen würde, wenn die politischen Gefangenen beschleunigt vor Gericht gestellt oder freigelassen werden könnten.

Angesichts der in Indonesien gegebenen sicherheitspolitischen, budgetären und gesellschaftlichen Bedingungen erscheinen die maßlosen Vorwürfe und Verunglimpfungen, mit denen Präsident Soeharto wegen des noch nicht gelösten Problems der politischen Gefangenen hier und da überschüttet wird, sehr leichtfertig. Seine Kritiker übersehen insbesondere, daß der indonesische Staatspräsident gerade in Asien und bei den Ländern, die wie er selbst eine blockfreie Politik verfolgen, hohes Ansehen genießt. Unter seiner Führung leistete Indonesien in den letzten fünf Jahren einen sehr konstruktiven Beitrag für die politische Stabilität in Südostasien.

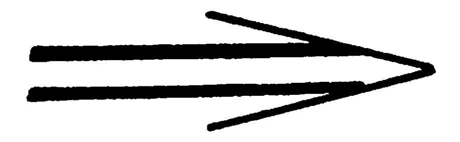
Die Bundesregierung ist entschlossen, die Zusammenarbeit mit Indonesien fortzusetzen und zu vertiefen, damit - gegründet auf gesunden wirtschaftlichen Fortschritt - der Frieden auch in diesem Teil der Welt sicherer wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

Unterschrift

(Dr. Merkel)



Kommentar des iz3w zu diesem Brief des Bundespräsidialamtes

I. Einige Bemerkungen zur Lage in Indonesien

I. 1) Anlaß des Briefes:

Im September des Jahres 1970 besuchte General Suharto, Staatspräsident in Indonesien, die Bundesrepublik und die Niederlande, um die "freundschaftlichen Beziehungen" zwischen diesen Ländern zu vertiefen. Die Aktion Dritte Welt, Freiburg, hat sich am 3.9.1970 in einem Telegramm, an das Bundespräsidialamt gerichtet, gegen den Staatsbesuch Suhartos in der BRD ausgesprochen. Der Antwortbrief, den die Aktion am 26.11.70 erhielt, verlangt einige klärende Erläuterungen zur Information der Öffentlichkeit über die tatsächlichen Zustände in Indonesien.

I. 2) Die Entwicklung in Indonesien bis zur Konterrevolution 1965

Bis 1965 war Sukarno unumstrittener Alleinherrscher in Indonesien. Er wechselte während seiner Amtszeit allerdings seinen politischen Standort mehrmals. Sukarno begann vor dem Zweiten Weltkrieg seine Karriere beim Militär und ging daraus als Staatspräsident hervor. Anfangs kollaborierte er noch mit den Militärs, die immer die Vertreter der Reaktion waren, gründete später eine Partei, die sich die Blockfreiheit und nationale Unabhängigkeit zum Ziel setzte. Seit 1962 hatte er viele gemeinsame Ziele mit der Indonesischen KP, die er zu früheren Zeiten mit autoritären Mitteln bekämpft hatte. Die KP war die stärkste kommunistische Partei der Welt in einem Land mit kapitalistischem Wirtschaftssystem, zu dem sich auch Sukarno bekannte. Ihr Führer, Aidit, hatte zwar die Parteischule in Moskau absolviert [1], aber das eigentliche Ziel der Partei war nicht der Sozialismus Moskauer Prägung. Vielmehr versuchte sie, die Verwirklichung der Menschenrechte in Indonesien, ohne die radikale Abschaffung der Privatwirtschaft zu erreichen. Die KP hatte viele Anhänger im Volk.

Die Militärs vertraten bis 1965 immer offener die Interessen der imperialistischen Länder. Sie hatten die wirtschaftliche Entwicklung in der Hand. Ohne Mühe gelang es ihnen immer, einen Schuldigen zu finden. Bis heute ist die Korruption von seiten der Militärs weit verbreitet. Auch amerikanische Firmen unterstützten ihre Interessen durch großzügige Finanzspritzen.

Sukarno war eine schwache Marionettenfigur. Er war ein Zauderer, der zu feige und unentschlossen war, eine Ansicht energisch zu vertreten oder gar klare Entscheidungen zu treffen. Er zog es vor, große pseudorevolutionäre Reden zu halten und sich zu amüsieren, indem er sich mit jungen Frauen umgab (Spiegel vom 21.3.1966).

---

1) Vgl. etwa: Deutsche Welle:
Sendung: Indonesien vor fünf Jahren
30.10.1970

Es war den Militärs als den Interessenvertretern der ausländischen Konzerne bis 1965 in Indonesien nicht gelungen, ein günstiges Investitionsklima zu schaffen. Nun blieb der Putsch, der von April bis Oktober 1965 sorgfältig vorbereitet wurde, für die Militärs der einzige Ausweg für die völlige Durchsetzung ihrer Interessen im Lande. Man bildete einen Rat von 60 Generälen, der mit der Durchführung des Putsches beauftragt war.

II. Die Konterrevolution

II. 1) Vorbemerkung

Die Armee hatte aufgrund der von den Generälen ausgehenden Terrormaßnahmen und der ausgedehnten Korruption den letzten Rest ihres Ansehens beim Volk eingebüßt. Allerdings gab es eine Gruppe von Offizieren unter Oberst Utung, die von den Putschplänen erfuhr und zur Verhinderung des Putsches die Bewegung des 30. September organisierte. Sukarno war zu feige, sich hinter die Utung-Gruppe zu stellen, was dieser später zum Verhängnis wurde.

II. 2) Verlauf

Nasution, der damalige Armeechef und Verteidigungsminister, sollte von den Putschgegnern gefangen werden, er entkam aber. Suharto riß dann unverzüglich die Armeeführung an sich. Zwar wurden sechs Generäle von den Putschgegnern liquidiert, aber es gelang Suharto sehr schnell, die Lage unter seine Kontrolle zu bekommen. Daß er seinem Präsidenten loyal ergeben war, ist damit widerlegt, daß er dessen Sturz vorbereitete. Zugute kam ihm, daß Sukarno zu feige war, eine klare Entscheidung zu fällen und seinen Gefolgsleuten Befehle zu geben. Die KP verhielt sich ihm gegenüber absolut loyal und hielt sich völlig zurück, denn sie wollte sich nur durch eine legale Aufforderung am Widerstand gegen die Militärs beteiligen. Das Machtvakuum "Sukarno" nützten die Militärs kaltblütig zur Bildung der Militärjunta aus. Die Putschgegner hatten Suharto unterschätzt, weil er bis zu diesem Zeitpunkt wenig in Erscheinung trat.

III. Die Folgezeit

III. 1) Das Massaker

Das Regime Suhartos übernahm offiziell im März 1966 die Exekutivgewalt. Es begann noch im Jahre 1965 mit der barbarischen Ermordung aller Regimegegner. Fast alle KP-Mitglieder wurden bestialisch ermordet. Mit Hilfe einzelner Schauprozesse wurden die Tatsachen manipuliert und die KP wurde als Keimzelle einer geplanten Revolution hingestellt. Es wurden schwarze Listen angefertigt, nach denen willkür-

lich vergewaltigt und gemordet wurde. Die Schätzungen über die Zahl der Toten schwanken zwischen 500 000 und 1 Million.

Es wurden Dekrete über Pressezensur, zur Begünstigung der Investitionen ausländischer Firmen und zur Legalisierung des Terrors erlassen. Die Zustände im heutigen Indonesien ähneln denen in Hitler-Deutschland. Das Regime bedient sich der gleichen brutalen Unterdrückungsmethoden.

Sukarno stand bis zu seinem Ende unter Hausarrest. Die meisten seiner Mitarbeiter sind inhaftiert oder nicht mehr am Leben. Der Faschismus zeigt sich in Indonesien in seiner brutalsten Form. Es gibt zahllose Konzentrationslager.

III. 2) Die wirtschaftliche Lage

Die Korruption blüht in verstärktem Maße weiter. Der Lebensstandard erreicht heute eine bislang nie dagewesene Tiefe. Die CDU-Regierung gab 1966 einen vorher gesperrten Kredit von 100 Millionen DM und bewilligte gleich noch 100 Millionen DM zusätzlich. Die Auslandsinvestitionen gingen sprunghaft in die Höhe. Katholische und moslemische Studenten unterstützten die Politik des Regimes.

III. 3) Die politische Entwicklung

Die längst versprochenen Wahlen blieben bislang aus. Die illegale KP organisiert in den Internierungslagern regelrechte Parteischulen und hat schon einige Berglandschaften im nördlichen Indonesien unter Kontrolle. Nach der Konterrevolution trat infolge des Massakers und der Unterdrückung eine starke Radikalisierung innerhalb der KP ein. Es wurden Guerillatruppen ausgebildet, die an verschiedenen Stellen erfolgreich operierten. Die Kampfmoral der Armee sinkt infolge kommunistischer Basisarbeit ständig. Zahlreiche Verhaftungen und Säuberungen innerhalb der Armee brachten dem Regime bislang nicht den gewünschten Erfolg. Man kann nur hoffen, daß ein ähnliches Blutvergießen wie in Vietnam ausbleibt. Wenn die Militärjunta an der Macht bleibt, wird es sicher bald zu Erhebungen kommen.

IV. Der Heinemann-Brief:

Die Aussage, daß das indonesische Volk durch kommunistischen Terror gereizt war und auf den Putschversuch mit dem Massaker reagierte, ist falsch, wie oben berichtet wurde. Das Bundespräsidialamt schreibt weiter, daß Suharto seinem Präsidenten loyal ergeben war. Ist es vielleicht Loyalität, wenn Suharto als einer der 60 Generäle den Sturz seines Präsidenten vorbereitet, ihn später zur Herausgabe der Exekutive zwingt? An dieser Stelle entspricht auch die Sendung der deutschen Welle vom 3. Oktober 1970 nicht den Tatsachen. Ebenso verdreht das Bundespräsidialamt die Tatsachen, wenn es behauptet, Indonesien verfüge "nicht über die organisatorischen Voraussetzungen", um die nach offiziellen (!) Schätzungen gegenwärtig 58 000 politischen

Häftlinge vor ordentliche Gerichte zu stellen. Richtig ist vielmehr, daß das Volk sich immer häufiger gegen die Junta erhebt. Jeder Aufstand wird aber vom Militär brutal niedergeschlagen. (Siehe Schlereth, S. 227 ff.)

Über die vielgepriesene Blockfreiheit schreibt die New-York-Times am 11. März 1966 nach dem Sturz Sukarnos: "Die Johnson-Administration kann kaum ihre Freude über die Neuigkeiten aus Indonesien verbergen und ist sehr zufrieden darüber, daß ihre Hoffnungen erfüllt wurden." Beweismaterial siehe: Schlereth, S. 206 ff., "Die Zeit" vom 14.8.70.

Es läßt sich nach dem Studium der Vorkommnisse in Indonesien sehr deutlich sagen, wie berechtigt die "maßlosen" Vorwürfe gegen Suharto sind, von dem vielfach gesagt wurde, der Präsident mit dem Leichengeruch besucht unser Land. Es ist deswegen aber auch erschreckend festzustellen, mit welcher Leichtfertigkeit man hierzulande in Schlüsselpositionen (hier: im Bundespräsidialamt) einzelnen Informanten (hier offensichtlich der genannten Sendung der "Deutschen Welle") blind vertraut, ohne verfügbare gegenläufige Informationen auch nur zu Rate zu ziehen.

In absehbarer Zeit ist noch ein Paper vorgesehen, welches ausführlicher über Indonesien informieren soll.

hf

V. Literatur

(1) Phillipe Gavi: "Konterrevolution in Indonesien": Reihe: "Dritte Welt" Europäische Verlagsanstalt Frankfurt 1969

(2) Einar Schlereth / Batjo Daeng Rintang: "Indonesien: Analyse eines Massakers" März Verlag Frankfurt 1970

(3) George McTurnan Kahin: "Nationalisme and Revolution in Indonesia" Ithaka Verlag, New York 1963

(4) "Hinterland des Indochina-Krieges, Modell des neokolonialen Ausverkaufs" Herausgeber: Arbeitskreis Indonesien, Köln

(5) Jusuf Suroso: "Indonesien nach der Konterrevolution" in "Das Argument" 53 11. Jahrgang Oktober 1969 Heft 4

(6) Frankfurter Rundschau vom: 4/11/70 und 19/12/70